

Kofra 106

**Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
Dez./Jan. 2004
21./22. Jg.
ISSN 0949-0000**

Autonome Frauen- räume: Reflexionen- zu 20 Jahren Kofra

- **Ein Plädoyer für autonome Frauenräume (Marie Sichter mann)**
 - **Autonomie als Prinzip der radikalen Frauenbewegung (Anita Heiliger)**
 - **Opferschutz im Strafverfahren**
 - **Presseerklärung der autonomen Frauenhäuser**

Inhalt:**Editorial** **3****Schwerpunkt:****Autonome Frauenräume: Plädoyer und Reflexion zu 20 Jahren Kofra** **4**

Der zäheste Fisch seit es Fahrräder gibt. Ein Plädoyer für autonome Frauenräume (Marie Sichtermann), 4

Autonomie als Prinzip der radikalen Frauenbewegung (Anita Heiliger), 7

Themen **16**

„Frauenrealität bestimmt Frauengesundheit – Frauenspezifische Gewalt und Tabuisierung“, 16
Bürger oder Bürgerin, 18

DJH schließt Pädophilie-Verein aus, 19

Opferschutz im Strafverfahren verbessert. Opfer erhalten im Strafverfahren mehr Rechte, 20

Netzwerke/Resolutionen **21**

Presseerklärung der autonomen Frauenhäuser zur Aktion am 24.11.2003 in Berlin, 21

Schwul- Lesbische Arbeit in Brandenburg 2004 vor dem Aus!, 22

Nachrichten **23**

Sophia-Net: Informationen für ältere Frauen, Hartz-Reform des Arbeitsmarktes hat die Frauen nicht im Blick“, 24, Girls' Day - Neue Impulse für das Jahr 2004, 24, Studie zum Girls' Day 2002, Opfer von Frauenhandel sollen besser geschützt werden, 25, Lesben in der Kirche, 'In Bingöl gelten Eure Gesetze nicht', Wie wirkt sich das Geschlecht auf die Gesundheit aus?, Brandenburg: Frauenhäuser vorerst verschont, 26, Frauen geben Technik neue Impulse e.V. , Roberta - Mädchen erobern Roboter, GEW-Gender-Report 2003, 27, Frauen außen vor - Top-Gehälter nur für Bosse, Neun von zehn Teilzeitkräften sind Frauen , Saure Gurke für das "heute journal" , Droht eine Verweiblichung des Schulbetriebes? 28, Preis für Aktive Frauenförderung, 29

Literatur **28**

Die Diskriminierung der Matriarchatsforschung, 28

Girls Day – Mädchen-Zukunftstag

Der zäheste Fisch, seit es Fahrräder gibt

Schnitt in die Seele. Weibliche Genitalverstümmelung, 29

Termine **29**

Schattenberichte zur Frauenrechtskonvention - offizielle Übergabe an die deutsche Bundesregierung,, Gender Mainstreaming aus feministischer Perspektive, 29

8. Interkulturelles Frauenmusikfestival im Hunsrück, 30

Impressum:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.

Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, Email: kofra-muenchen@t-online.de

Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto.

Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 70020500

Editorial

Das Frauenprojekt Kofra ist am 26.11.03 zwanzig Jahre alt, seit der Gründung des Vereins sind es schon 21 Jahre und die erste Ausgabe der Zeitung haben wir ebenfalls vor 21 Jahren herausgebracht. Die öffentliche Bezuschussung des Projektes ist 2002 quasi in letzter Minute durch den Einsatz von Stadträtinnen der SPD und Bündnis90/Grünen sowie durch eine breite Solidarisierungsaktion zahlreicher Unterstützerinnen des Kofra gerettet worden, denn das Sozialreferat wollte sie gänzlich kippen.

Die Nachricht über die Streichungspläne der Stadt kam ironischerweise zu einem Zeitpunkt, an dem Kofra gerade in einer Krise mit ihren bezahlten Mitarbeiterinnen steckte und wir dabei waren, das Team neu zu besetzen. Die zweifache Infragestellung der Perspektive des Projektes hat bei uns Spuren hinterlassen und Anlass gegeben, unseren Ansatz neu zu reflektieren, uns an die Ziele von Frauenprojekten und das Prinzip der Autonomie zu erinnern.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der die öffentliche Bezuschussung von Frauenprojekten nicht mehr gesichert ist - wegen knapper Haushaltskassen einerseits, wegen der Annahme erreichter Ziele in der Frauenpolitik durch Angleichung der Frauen an Männer und die angebliche Lösung entscheidender gesellschaftlicher Probleme von Frauen andererseits -, viele Projekte hat es bereits getroffen, zur Zeit am härtesten ausgerechnet die Frauenhäuser (s. S. 26). Es wäre an der Zeit, über die Rolle der autonomen Frauenbewegung und die Bedeutung autonomer Frauenräume in Zeiten des Gender-Mainstreaming, knapper Kassen und erneuter Tendenzen zur Repatriarchalisierung neu nachzudenken. Ist eine Rückkehr zu den radikalen Wurzeln der Frauenbewegung nötig und möglich? Braucht es neue Organisations- und Handlungsformen, nachdem die Phase der Prosperität abnimmt?

Wir drucken in dieser Ausgabe zum einen das Plädoyer von Marie Sichtermann für autonome Frauenräume ab, zum anderen aber wieder einen Text, den wir schon 1991 zur Auseinandersetzung mit dem Autonomiebegriff und –inhalt veröffentlicht haben. Der Text erscheint in manchem ziemlich treffend auch für heute und erinnert uns selbst an wichtige politische Auseinandersetzungen der 80er Jahre, die wir aktualisieren möchten.

Autonome Frauenräume: Plädoyer und Reflexion zu zwanzig Jahren Kofra

DER ZÄHESTE FISCH, SEIT ES FAHRRÄDER GIBT. EIN PLÄDOYER FÜR AUTONOME FRAUENRÄUME¹

Marie Sichtermann

Mitte der siebziger Jahre gründeten Frauen die ersten Frauen- und Lesbenzentren in großen Städten. Die Zentren waren Ergebnis und zugleich Ausgangspunkt einer feministischen Politik, die Autonomie zur Vision und zum Handlungskonzept machte. Selbstbestimmt sollte jede Frau ihr Leben aus erster Hand leben, autonom sollten die Räume sein, in denen sie zusammenkamen, um sich selbst und ihre Politik zu entwickeln und – das kam später – ihr berufliches Können anderen Frauen anzubieten: Bildung, Beratung, Therapie, Schutz - um nur einiges zu nennen.

Wo wären zigtausende von Frauen und Mädchen heute ohne dieses Angebot? Ohne Frauenprojekte? Ohne autonome Frauenräume? Damals wussten wir nicht, dass unsere kleinen Hinterhof- und Kellerzentren der Beginn einer lebhaften Kultur und eines beachtlichen Erwerbszweiges sein würden. (Wir wussten noch nichts von Mädchenarbeit, dieser heute ganz besonders schönen Blüte der Frauenbewegung. Jubel also? Zehn Kelche gefüllt mit perlendem Wein?). Die Wurzeln der Projekte kamen aus den aktuellen politischen Diskussionen um autonome Politik in den siebziger Jahren. Das waren jene finsternen Jahre, in denen der Staat glaubte, sein Gewaltmonopol sinnlich unter Beweis stellen zu müssen: Alle Gewalt geht vom Staate aus - diese Jahre, in der die ständige Diskussion um Gewalt notwendig war, weil fast alle, die nur am Rande des politischen Geschehens agierten, mit dem

gewaltbereiten Staat in Berührung kamen. Es war die Zeit der erzwungenen Treueschwüre auf eine Verfassung, die weiser, großzügiger und liberaler war, als die herrschende politische Klasse. Das allseits bestimmende Thema 'Gewalt' musste auch dies an den Tag bringen: Die Dunkelziffer illegaler Abtreibungen, eine verhetzte Stimmung gegen Lesben und Schwule, Gewalt gegen Frauen, Gewalt in der Ehe, Gewalt in der Familie, sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen.

Gestärkt durch ihre Zusammenkünfte in eigenen Räumen konnten Frauen zeigen, dass strukturelle Gewalt nicht abstrakt ist, sie hat einen Körper, strukturelle Gewalt ist Männergewalt, ist Gewalt gegen Frauen und Kinder. Das Thema Gewalt war sehr fruchtbar, aus ihm ging mehr hervor, als wir wissen konnten, erst wuchs der Wunsch nach Schutz und Hilfe und dann darüber hinaus die Einsicht, dass wir Frauen eine eigene Kultur brauchen und sie selbst entwickeln müssen. Damit sind wir noch beschäftigt. Schon seit langem bedaure ich, dass wir kein Symbol als Erinnerung an diese Zeit haben, kein Zeichen für das Phänomen der autonomen Frauenräume. Wir haben nichts, um es stolz herzuzeigen; das Venuszeichen allein ist allzu beliebig. Oh ja, wir hätten ein Symbol haben können, es gab da etwas, was durchaus als Symbol fortlebt, nur leider nicht in der richtigen Weise. Wir haben es der Lächerlichkeit preisgegeben und uns der herrschenden Kleiderordnung gefügt.

Ich meine die Lila Latzhose.

Sie war nur kurz in Mode, eine Saison, vielleicht zwei; seit 1977 hat niemand mehr gesehen, wie eine Frau damit im Dunkeln über den Hof ging. Und dennoch geistert sie als Symbol einer gezielten Diffamierung durch die Zitate zur Frauenbewegung: Von der CDU bis zu den Grünen, von Versicherungsmaklerinnen bis Journalisten müssen sich alle immer wieder darüber lustig machen, ganz

¹ Der Artikel ist leicht verändert entnommen aus dem gleichnamigen Buch im Ulrike Helmer-Verlag, Königstein/Taunus 2003 mit freundlicher Genehmigung des Verlages.

besonders Frauen, die sich von den Emanzen distanzieren wollen, indem sie die Lacher auf ihre Seite kriegen. Worauf beruht diese Langzeitwirkung? In den siebziger Jahren, dem Jahrzehnt der Bewegungen, wurde widerständige Gesinnung weit mehr als heute über Kleidung und Haartracht ausgedrückt. Man und frau gab sich zu erkennen, forderte selbstbewusst Ablehnung heraus oder Solidarität ein. Die Trägerin der Lila Latzhose bekundete mutig, entschlossen und auch immer ein wenig provokant-ironisch: Ich geh' ins Frauenzentrum, wir haben eigene Räume, Männer sind uns gerade total egal, es ist uns wurscht, wie ihr findet, dass wir aussehen.

Eine Frau ohne Mann ist wie ein Fisch ohne Fahrrad!

Dieser tiefsinnige Spruch hat mich damals ergriffen und überzeugt – ein verschwörerisches Sinnbild für selbsterdachte Räume außerhalb der Kontrolle des Patriarchats. Lila Latzhosen waren nicht nur bei Demos gegen den § 218 zu sehen, bei nächtlichen Aktionen gegen Pornoshops und bei Fackelspuk zur Walpurgisnacht. Sie waren auch in Brokdorf dabei, wo viele junge Menschen um ihr Leben liefen, in Kalkar, wo mich beim Anblick eines Feldes voll mit bewaffneter Polizei die größte Angst meines Lebens ergriff und mich dazu brachte, meinen Beruf als Verwaltungsrichterin aufzugeben. Ich spüre sie noch, diese Angst.

So wurde die Lila Latzhose das Symbol für einen die Gesellschaft erschütternden Tabubruch. Ich meine all die Tabus, die das Leben der Frauen umgeben. „Mein Bauch gehört mir“ war der erste, es folgten die häusliche Gewalt, Vergewaltigungen im öffentlichen Raum, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit, sexueller Missbrauch an Kindern. Um die Gesellschaft zu erschüttern, reichte es zu Beginn, dass junge Frauen drastisch aus der Mode ausstiegen, und dabei derart strahlten, wie ich die ersten Zentrumsfrauen in Erinnerung habe - strahlend und schön. Sie waren wenige, doch sie sind unvergesslich. Ich berate seit ca. 13 Jahren Frauen und Frauenprojekte – das Strahlen ist nicht ganz verschwunden, aber der Glanz ist schwächer geworden. Die erhoffte breite Akzeptanz für die feministische Politik der Autonomie gab und gibt es unter Frauen

nicht. Drohend stand das lila Symbol im Hintergrund. Wer das anzieht, ist lächerlich, hässlich, hoffnungslos out. Die Projektfrauen selbst haben sich leidenschaftlich bemüht, dieses Image loszuwerden. Die Feministin von heute macht Realpolitik, sie weiß sich zu verhalten und zu kleiden. Niemand soll über sie lachen. So erreicht sie viel - staatliche Billigung und Finanzierung für Bildung, Frauenarbeit, Mädchenarbeit, Kultur, Geschichte, Wissenschaft, Tänze, Trommeln, Reisen, Liebe, Schutz vor Männergewalt, vor Verfolgung, vor Psychosen. Und natürlich hat sie auch Genderkompetenz. Doch wir haben mehr Wirkung erwartet. Nie hätten wir damals geglaubt, dass 20 Jahre später sich noch immer junge Mädchen in Scharen um Gesundheit und Leben hungern. Und doch: Sie hätten keine Chance ohne die autonomen Frauenräume.

Anliegen und Wirkung von Frauenräumen sind komplex. Sie wollen allen, die sie betreten, eine Idee von Selbstbestimmung, Solidarität, Parteilichkeit, politischer Leidenschaft, von Freude aneinander, Freude an Frauen, Aufbruch und Freiheit vermitteln. Aber das ist nicht alles, da ist noch etwas. Es ist wichtig, in Frauenräumen auch das zu sehen, was über den Raum der Selbsterfahrung, Stärkung und Ermutigung für ein Leben aus erster Hand hinausgeht. Die autonomen, separaten Frauenräume unserer Zeit sind etwas anderes als die Spinnstuben, welche ja schon die Inquisition auf den Plan riefen. Sie sind seit den siebziger Jahren – und da vor allem waren sie – der Versuch eines Gegenentwurfs zur Familie, das ist ihre größte Bedeutung. Der Frauenbewegung war es von Anfang an eigen, Alternativen zur Familie zu entwickeln. Sie kam daher als Alternative zur Familie, es ist ihr immanent.

In jener Zeit habe ich begriffen, dass die Keimzelle eines gewaltbereiten Staates die gewalttätige Familie sein muss. Die Frauenbewegung hat mit der Gewalt auch die Familie zu ihrem Thema gemacht. Nachdem sie die Familie ein gutes Stück destabilisiert hatte, ist sie nicht weiter gegangen. Es ist auch gefährlich, denn Ehe und Familie genießen mehr als den Schutz des Grundgesetzes. Die Religionen machen die Familie durch einen Vatergott und eine Muttergöttin heilig, die

Psychoanalyse hat sie in den Menschen hineinverlegt als seine eigene Natur, so kann niemand ihr entrinnen. Therapeutinnen und Beraterinnen kennen die Familie als Ort der Gewalt, sie wird nie die Stätte der Heilung sein, wie oft sie nun auch aufgestellt werden mag. Die Familie kann gewiss ein Raum für Liebe sein, aber dass sie das von Natur aus sei, ist nichts als eine mächtige Konstruktion, der wir uns verweigern können. Das ist immer noch unser aller Aufgabe: Alternativen zur Familie zu entwickeln, in Theorie und Praxis. In Wort und Tat, indem wir unser eigenes Leben zum Experiment machen. Frauenprojekte sind der Beginn eines Gegenentwurfs. Es geschieht nicht nur in Beratungsstellen und Schutzhäusern, auch in Ferien- und Bildungshäusern, Landkommunen, Camps und was es nicht alles gibt - all die Versuche zusammenzuleben, zu arbeiten, zu feiern, zu reisen, Rituale zu gestalten, stellen die herkömmliche Familie in Frage. Weihnachten im Frauenferienhaus ist mehr als Freizeitgestaltung und hat auch schon den Rechnungshof auf den Plan gerufen. Es sah den argwöhnischen Beamten doch ganz klar nach Betrug aus, dass Seminare zur Weihnachtszeit mit einer großen Anzahl von Teilnehmerinnen abgerechnet wurden. Wo sonst könnten wir derart umstürzlerischen Gedanken nachgehen, wenn nicht in Frauenräumen mit Frauen, die für und mit Frauen arbeiten? Wer könnte damit beginnen, wenn nicht Frauen in Frauenräumen? Wir lernen von *Judith Butler*ⁱ den kleinen Spielraum der Möglichkeiten, wie mächtige Konstruktionen zu wandeln sind. Wir können an den Rändern stören und durch Parodie destabilisieren. Genau dafür ist die Lila Latzhose ein exzellentes Beispiel - sie hat gestört und verstört und zwar nachhaltig. Seien wir stolz auf sie!

Körper und Geist der Frauen, sagte ich, hängen immer noch in den Netzen vieler Tabus. Nicht nur ein bisschen, es gibt noch dieselben Forderungen und dieselben mächtigen Gegner. Wir wissen, dass der amerikanische Präsident Bush, kaum im Amt, sich sofort als Abtreibungsgegner profilierte, indem er oder seine Administration sich über die Finanzierung von Schwangerschaftsberatungsstellen hermachte.

Über die Bedeutung der Frauenräume zur Destabilisierung der Familie komme ich nun kurz noch zum *Gender Mainstreaming*. Auch Gender Mainstreaming ist eine Folge der Frauenbewegung, die ja in so viele Richtungen auf die Veränderung der ganzen Gesellschaft zielte, doch während autonome Frauenräume die Familie destabilisieren, tut Gender Mainstreaming eher das Gegenteil. Oder? Wir können vielleicht wirklich beides gebrauchen. Widersprüche sind anregend. Aber ich möchte nicht in Harmonie und Gelassenheit "schwelgen, sondern meine Distanz und meine Zweifel ausdrücken, zumal ich in guter Gesellschaft bin:

Maria Mies, deren Bedeutung für die Frauenbewegung, für die Praxis und die Theorie, niemals vergessen werden soll – und es sicher in Köln auch nicht wird, zumal sie die Einheit von Praxis und Forschung praktiziert und wissenschaftlich begründet hat - , die 1976 für das erste autonome Frauenhaus in Köln kämpfte, schreibtⁱⁱⁱ "Ich habe bereits 1986 darauf hingewiesen, dass *sex* bei uns Menschen eine soziale und historische Kategorie ist und dass ich deshalb die Trennung zwischen *sex* und *gender* ablehne. In der etablierten Frauenforschung in Deutschland wird es jedoch inzwischen auch als fortschrittlich angesehen, von *gender*-Forschung anstatt von Frauenforschung zu reden. Wenn man wenigstens von Geschlechterforschung reden würde, wäre dieses Nachplappern des angelsächsischen Diskurses weniger peinlich." (Mies 1997, S. 55). Ich schließe mich an mit meinem Misstrauen gegenüber der Ernsthaftigkeit und der Dauerhaftigkeit eines Programms, das mit einem verständlichen, in unseren Kulturkreis passenden und sympathischen Namen zu benennen – und sei er lateinisch – sich niemand die Mühe macht. *Mainstream* ist kein sympathisches Wort für alle, die lange gegen den Strom geschwommen sind und es auch weiterhin tun müssen. Aufwand an Kosten, wird eine Frauenberatungsstelle in einer Stadt in Süddeutschland vor die Wahl gestellt, entweder dem Landrat persönlich, ja ihm ganz persönlich, einen Sitz in der Mitfrauenversammlung und dem Vorstand einzuräumen - oder sie kriegen eben kein Geld mehr. Im Jahre 2000 in Baden-Württemberg. Dafür musste dann die Satzung

geändert werden, so erfuhr ich als Beraterin davon. Das soll nicht etwa ein Beispiel für missratenes Gender Mainstreaming sein, so zynisch bin ich nicht. Das ist ein Beispiel für strukturelle Gewalt und zeigt, wie brisant autonome Frauenräume immer noch sind, wie groß die Gefahr ist, sie zu verlieren, denn es gab keinen Aufschrei der Empörung landauf landab. Hat EMMA darüber geschrieben? Die Süddeutsche? Die TAZ? Nein. Nichts, was regierende Männer zu solchen Schandtaten herausfordert, kann eine Sackgasse sein, überflüssig oder von gestern.

Zum Schluss noch zweimal Maria Mies^{iv}:

"Die Erhaltung von Vernunft und Erkenntnis hängt mit der Erhaltung der Handlungsfähigkeit zusammen." Der Landrat im Vorstand einer Frauenberatungsstelle hat wohl Wirkung auf die Handlungsfähigkeit und damit auf die Vernunft. *"Wir schreiben unsere Geschichte, während wir sie machen."* Das heißt, wir sind verantwortlich für unsere Geschichte. Wir wollen und müssen handlungsfähig bleiben und die Geschichte machen, die wir machen wollen.

Judith Butler, Das Unbehagen der Geschlechter, Suhrkamp-Verlag, 1991

¹ Maria Mies, Die Methodischen Postulate zur Frauenforschung – ein Rückblick nach 20 Jahren, S. 55 ff in "Sie und Er", Frauenmacht und Männerherrschaft im Kulturvergleich, Rautenstrauch-Joest-Museum Köln 1997, herausgegeben von Gisela Völger

¹ Ebda. S. 61 f.

Autonomie als Prinzip der radikalen Frauenbewegung²

Anita Heiliger

1.) "Die Autonomen"

Der Autonomiebegriff ist m.W. in der deutschen feministischen Frauenbewegung eine Besonderheit gegenüber entsprechenden Bewegungen in anderen Ländern, die diesen Begriff als Kennzeichnung ihrer Bewegung(en) nicht verwenden. Da wir aber auch für die nichtorganisierte Linke den Begriff "die Autonomen" kennen, ist hier ein Zusammenhang festzustellen, der sich möglicherweise auch historisch herleiten lässt. Die nichtorganisierte, sog. undogmatische Linke

der Spontaneisten und Anarchisten der 70iger Jahre in der BRD importierte den Begriff der Autonomie aus der italienischen Arbeiter(befreiungs)bewegung, die sich außerhalb der Gewerkschaften ansiedelte ("Lotta continua"). Auch hierzulande setzte die autonome Linke zunächst an den ArbeiterInnen etwa bei Ford, BMW, Opel usw. an nach der Marxschen Theorie, demnach die gesellschaftliche Revolution vom Proletariat ausgehen werde, lehnte sie auch hier die Gewerkschaften als bloße institutionalisierte Mittler zwischen Staat und Kapital ab.

Die italienischen Feministinnen verwendeten allerdings, z.T. aus der Tradition der "Lotta continua" kommend, ebenfalls früh schon den Autonomiebegriff in Abgrenzung und radikaler Ablehnung von Gleichstellungspolitik als an männlichen Werten orientierter und ihr untergeordneter Politik, der sie die Politik der Befreiung entgegensetzten. (Libreria... 1987, S.26)

Die gemeinsame Verwendung des Autonomiebegriffs mit der undogmatischen Linken bedeutet aber nicht zwangsläufig einen ursächlichen oder sachlichen Zusammenhang mit ihr. Der Autonomiebegriff der Feministinnen geht viel weiter als der der Linken und hat eine andere Richtung: es geht immer um die Unabhängigkeit von männlicher Bestimmungsmacht in Politik, Institutionen und vor allem in den privaten Beziehungen, in denen sie am unmittelbarsten und wirkungsvollsten verankert wird.

Das Suchen nach dieser Unabhängigkeit versammelte Frauen aus verschiedensten politischen Lagern und nichtorganisierten Bereichen der Gesellschaft. Wenn der berühmte, treffsichere „Tomatenwurf“ von 1968 während einer Rede von Helke Sanders als Protest und Absage gegen die Herrschaft der linken SDS-Genossen als Beginn der autonomen Frauenbewegung gesehen wird, so ist dies sicher nur bedingt richtig (vgl. Metz-Göckel 1987). Er kann wohl als Symbol des politisch autonom handelnden Subjektes Frau gelten, als die Erkenntnis der und konsequente Reaktion auf die gleiche Funktionalisierung der Frauen in der linken Bewegung wie im gesamtgesellschaftlichen Kontext.

Sicherlich war diese Aktion aber nur der Startschuss für bereits vorhandene Ansätze,

² Der Artikel erschien bereits im Kofra Nr. 52 im Jahre 1991

Gruppierungen und Ideen, um zu einer autonomen feministischen Bewegung zu werden, als im wesentlichen außerparlamentarische Opposition mit anarchistischen und spontanistischen Elementen mit dem Ziel der Frauenbefreiung.

Der Begriff autonome Frauenbewegung grenzt heute auch den radikalen Feminismus ab von diversen Erscheinungsformen und Verständnisweisen von Frauenbewegung(en) - ebenso wie von mittlerweile sehr breit gestreutem Feminismusverständnis im allgemeinen. Ein Selbstbegriff als Frauenbewegung erstreckt sich von traditionellen Frauenverbänden über Gewerkschaftsfrauen, SPD-Kreise, linke Frauen, Hannelore Mabry mit ihrem "Feministen", liberale Frauen verschiedenster Couleur, zu den Feministinnen in Institutionen und schließlich denjenigen konsequent außerhalb bestehender Institutionen und den radikalen Lesben (denjenigen, die sich im Rahmen der Frauenbewegung verstehen gegenüber der eigenständigen Lesbenbewegung).

2. Die Prinzipien und Organisationsformen der Autonomie

Die autonome Frauenpolitik orientiert sich nicht an den Denk-, Organisations- und Handlungsformen der nach männlichen Interessen funktionierenden gesellschaftlichen Realität. Ihr Ziel ist die Befreiung der Frauen aus der Objektrolle zu ihrer gesellschaftlichen Existenz als Subjekte und mit eigenen Werthaltungen, Handlungsmustern und Symboliken. Ziel kann nicht die Gleichstellung mit Männern und Anerkennung innerhalb des männlichen Systems sein, was eine Fortsetzung der Unterordnung unter dieses System voraussetzt (vgl. Libreria 1988) Die Politik der (Frauen-) Befreiung geht von der Frau als Wertmaßstab aus, befreit sie von der patriarchalen gesellschaftlichen Minderbewertung im Objektstatus. "Das unvorhergesehene Schicksal der Welt liegt darin, dass alles noch einmal von vorn anfangen muss, mit der Frau als Subjekt", schreiben die Frauen vom Mailänder Frauenbuchladen (Libreria, S.35). Sie lehnen für Frauen auch die Politik der Forderungen an den (Männer-)Staat ab, weil dabei implizit ausgegangen werde "von einem Rechtbewusstseins..., das einer von anderen geschaf-

fenen gesellschaftlichen Realität entspringt und somit zwangsläufig deren politische Formen übernimmt." (ebd. S.26) Autonomie im feministischen Sinne bedeutet also

- Unabhängigkeit von männlich dominierten und männlichen Interessen dienenden Organisations-, Denk-, Verhaltensformen und Normen, die auf der Entwertung von Frauen basieren und sie funktionalisieren.

- Unabhängigkeit von Männern als konkreten Trägern und Akteuren der Funktionalisierung, Diskriminierung und Gewalt,

- Unabhängigkeit von deren Anerkennung und der Orientierung an ihren Normen und Werten und in der Folge: Setzung eigener Normen, positive Identifikation mit Frauen und Aufhebung der produzierten Konkurrenz unter Frauen,

- und auch Unabhängigkeit voneinander innerhalb der Bewegung durch Selbstorganisation in Frauengruppen und die Absage an Hierarchie und zentralistische Organisationsformen.

Uns das Recht zu nehmen, uns selbst zum Mittelpunkt unserer Betrachtung, unserer Maßstäbe, Handlungen und Forderungen zu machen, war und ist der zentrale Inhalt der Autonomie. Selbsterfahrungsgruppen waren der erste Zugang zur Aufarbeitung und Bewertung der eigenen Erfahrungen, der Entdeckung der Kollektivität dieser Erfahrungen als gesellschaftlicher Struktur und schließlich dem Wahr- und Ernstnehmen der eigenen Bedürfnisse, Interessen und Werte. Die tiefgreifende Verfangenheit im engmaschigen Netz der patriarchalen Gesellschaftsstrukturen, in denen wir aufwachsen und uns bewegen, macht es ungemein schwer, diese Strukturen zu durchschauen, sich ihnen zu entziehen oder sich ihnen gar entgegenzustellen. Ablehnung, Ausgrenzung, Verunglimpfung, Lächerlichmachen, Aggression und Hass - all dies ist geboten in der Palette von Reaktionen auf die Verweigerung, ein System und Strukturen anzuerkennen und mit ihnen zusammenarbeiten, die in ihrem Kern frauenfeindlich und Frauen funktionalisierend angelegt sind.

Die patriarchale Anpassung ist im wesentlichen dem Tagsbewusstsein nicht zugänglich, weshalb die französischen (und italienischen) Feministinnen die Arbeit in Selbsterfahrungs-

gruppen "Praxis des Unbewussten" nannten auf dem Hintergrund der Erkenntnis: "Der Mann dringt auf subtile Weise in das Leben einer Frau ein, er findet immer einen Zugang, denn er kennt Vermittlungsebenen und kann so seinem Begehren in der gegebenen Wirklichkeit Geltung verschaffen." (Libreria, S.53).

Die autonome Aktion, die Organisierung in autonomen Frauengruppen war und ist die Konsequenz dieser Prozesse und Voraussetzung, um eine nicht patriarchal bestimmte und vermittelte Frauenkultur aufzubauen, ein Selbstverständnis untereinander zu entwickeln, das sich in den eigenen Werten bestärkt und diese absichert. Das Schlagwort "das Private ist politisch" ist in diesem Zusammenhang der Ausdruck für die Ablehnung der patriarchalen Politik, die das Private - die Emotionalität und alles, was den Lebensbereich und die Eigenschaften von Frauen ausmacht ausgrenzt. Diese ausgegrenzten Bereiche zu politisieren, weil in ihnen die Frauenunterdrückung und -funktionalisierung alltäglich stattfindet, war der erste notwendige Schritt eigener Wertsetzungen. Das heißt natürlich nicht, dass alles Private und nur das Private politisch ist, wie es manchmal karikierend und diskriminierend dargestellt wird, aber auch unter den Frauen in der Verwirrung von Politikverständnis und -praxis nicht selten so verstanden wurde/wird.

Auch die Organisierung in separaten Frauengruppen ist nicht unbedingt und zwangsläufig bereits ein politischer Akt. Der Separatismus ist zunächst eher eine vopolitische Form, die dem gegenseitigem Schutz und der Schaffung von Freiraum und Bestätigung füreinander dient. Politik entsteht eigentlich erst im Hinausgehen über diese separate Organisierung, im Umsetzen der Erkenntnis- und Erfahrungsprozesse in gesellschaftliche Realitäten. Über das dann folgende Politikverständnis gehen die Meinungen auseinander.

Die Politik der Forderungen an den Staat orientiert sich/wie bereits gesagt, an den bestehenden Normen und akzeptiert implizit die vorfindliche patriarchale Organisationsform und konzipiert sie als verbesserungsfähig. Sie unterwirft sich damit dem Primat patriarchaler Entscheidung, ob Veränderungen zugelassen werden und in welcher Form sie am ehesten,

d.h. ungefährlichsten, in das bestehende System integriert werden können. Die Politik der Forderungen basiert aber auf dem Konzept einerseits der schrittweisen Verbesserung in der gesellschaftlichen Situation für alle Frauen und andererseits des qualitativen Abtretens der patriarchalen Struktur infolge der Quantität von Frauenforderungen und der diese vertretenden Frauen innerhalb der Apparate.

Die autonome Frauenpolitik jedoch ist immer eine, die sich im Prinzip unabhängig von der staatlichen Politik und seiner Apparate ausrichtet, die sich ausschließlich auf die selbstgesetzten Werte und Organisationsformen verlässt und konzentriert. Sie strebt im Prinzip keine Verbesserung der bestehenden Institutionen und Strukturen an, sondern schafft eigene, die den selbst gesetzten Werten und Zielen entsprechen, Frauen und Mädchen die Möglichkeit bieten, innerhalb dieser Struktur - oder auch in Kenntnis dieser Struktur - frei von männlicher Vermittlung und Einmischung ihre Entwicklungsprozesse zu machen und selbst zu bestimmen.

"In Kenntnis dieser Struktur" meint dabei, dass auch das Wissen um die Existenz solcher Bereiche, in denen Mädchen und Frauen jenseits patriarchaler Normen und Funktionszwänge Wert zugemessen wird, befreiende und bestärkende Wirkung ausüben kann, weshalb autonomen Frauenräumen und -aktionen Signalcharakter zukommt als Modelle - tendenziell - befreiter Existenz und Handlungsformen.

Autonome Politik macht sich daher im Prinzip nicht am (gesellschaftlich gegebenen) Opferstatus von Frauen fest, sondern nimmt diesen nur zum Ausgangspunkt ihrer Analysen, Erkenntnisse und Handlungen. Sie betrachtet Frauen als "Geschlecht, dessen Existenz im gegebenen gesellschaftlichen System verleugnet wird" (Libreria, S.81) und will, wie die Mailänderinnen sagen, der Gesellschaft das "Zeichen des weiblichen Geschlechts aufprägen." (ebd. S.81/82) Dies setzt die positive Auseinandersetzung mit den Stärken von Frauen und die Entwicklung einer weiblichen Symbolik, an der Frauen ihre Identität entwickeln und bestätigen können, voraus: "Eine Frau muß aus ihrer Erfahrung einen Maßstab für die Welt machen, aus ihrem Interesse ein Kriterium für die Beurtei-

lung der Welt, aus ihrem Begehren den Antrieb zur Veränderung der Welt, damit die Welt für sie zu etwas wird, wofür sie Verantwortung übernehmen kann." (ebd. S.150).

3. Die Politik der Frauenprojekte zwischen Autonomie und Institution

In der Entstehungsgeschichte der autonomen Frauenbewegung zeigten sich bald die Grenzen der Arbeit in Selbsterfahrungsgruppen, die eine Weiterentwicklung für die beteiligten Frauen verlangten. Die zweite - meistens parallel laufende - Stufe der kollektiven Erfahrung war die Aktion. Das Bedürfnis nach und die Kraft für Aktionen, Demonstrationen, Goin's, Feste, Ausagieren von Aggressionen und Wut einerseits, Lust und Spaß in der Frauengemeinschaft andererseits, waren enorm. Spontaneität, Phantasie und Vielfalt kamen in der breiten Szene rund um die autonomen Frauenzentren als Sammlungs- und Brennpunkte zum Ausdruck. Das Bedürfnis nach Kontinuität, Dauerhaftigkeit, Fachlichkeit, inhaltlicher Qualität neuer Lebensentwürfe und nach Schaffung einer neuen Frauengegen- und Arbeitskultur, die in sich die Trennung zwischen privatem und politischem Handeln aufhob, löste allmählich die sprühende, ausgelassene und wütende Phase des Aufbruchs und des Aktionismus ab und führte zur Gründung der Frauenprojekte.

Die Schaffung von autonomen Räumen als alternative Lebens- und Arbeitsräume, Schutz- und Freiräume erforderte aber die Auseinandersetzung mit möglichen Ressourcen, mit der materiellen Grundlage. Drei Wege wurden und werden auch heute in jeweils unterschiedlichem Umfang und mit unterschiedlichem Ergebnis gegangen, um diese Frage zu lösen:

- die vollständig autonome Organisation durch zahlende Mitfrauen.
- das marktwirtschaftlich orientierte ökonomische Projekt.
- das öffentlich bezuschusste Projekt.

Alle drei Formen, in der Regel auch die erste, unterwarfen sich nun - zumindest formalen - Organisationsformen der bürgerlichen Gesellschaft als Vereine oder Gesellschaften des öffentlichen Rechts. Die öffentliche Bezuschussung setzte noch weitergehend den Beitritt zu einem Wohlfahrtsverband und die An-

passung an verschiedene Richtlinien der Förderung voraus.

Mit dieser Entwicklung begann im Grunde die Akzeptanz gewisser Formen und Zwänge der patriarchalen Organisationsstrukturen - freilich, um sie wiederum als Sprungbrett/Ausgangspunkt für deren Be-Nutzung im autonom-frauenspezifischen Interesse zu gebrauchen. Die Einschätzungen über Benutzen oder Benutzt werden gehen allerdings seitdem z.T. weit auseinander. Der Vorwurf der Aufgabe der Autonomie und des Funktionierens innerhalb des staatlichen Interesses liegt nahe. Die politische Auseinandersetzung (hierüber) wurde bemerkenswerterweise aber im deutschen Feminismus kaum geführt.

Die Bedeutung der aus Prinzip autonom organisierten Frauenzentren nahm kontinuierlich ab, der politische Stellenwert der ökonomisch ausgerichteten Projekte war eigentlich unumstritten (Buchläden, Verlage, Zeitschriften, Kneipen etc.). Kritik erfuhr hier allerdings die überwiegende Angewiesenheit auf das Geld von Frauen, das zirkulieren sollte (vgl. Stern-taler), von dem aber chronisch zu wenig vorhanden war/ist. Die öffentlich finanzierten Projekte befreiten zwar Frauen weitgehend von der Selbstfinanzierung, mussten/müssen sich aber zur Erlangung der Zuschüsse an der Defizitzuschreibung an Frauen orientieren und damit ein wichtiges Stück autonomer Frauenpolitik zumindest formell aufgeben.

Nur ein funktionierendes System solidarischen Zusammenhaltes zwischen den drei unterschiedlichen Formen unter Einschluss der Förderung von Entstehung und Existenz gänzlich autonomer Frauengruppen und Aktionsformen kann m.E. eine lebendige autonome politische Kultur aufrechterhalten. Dieser solidarische Zusammenhalt ist aber gefährdet durch inhaltliche und persönliche Differenzen, Machtbedürfnisse und Konkurrenzgefühle.

Als problematische Momente der Projektbewegung werden von den Italienerinnen, die die gleiche Entwicklung erlebt hatten, die zunehmende Passivität der - Masse der - Bewegungsfrauen und die abnehmende Radikalität ihrer Haltung (zumindest in der Öffentlichkeit) genannt. Punkte, die ebenso für den bundesdeutschen Feminismus zutreffen. Die Durchsetzung bzw. Realisierung der Projekte

erzeugte eine Struktur der wenigen Macherinnen und der zahlreichen Konsumentinnen/Partizipierenden, ("die Passivität vieler Frauen (wuchs) ins Unermessliche...", Libreria... S.III) d.h. die geschaffenen Räume werden begeistert genutzt, wenn ein entsprechendes Angebot besteht, aber: das Angebot wird erwartet, es muss von den wenigen Macherinnen erbracht werden, es wird von den partizipierenden Frauen in der Regel kaum eingebracht oder aktiv mitgetragen. Die Folgen dieser Entwicklung für die autonome politische Praxis sind m. W. noch nicht aufgearbeitet worden.

Das zweite Moment, die z.T. abnehmenden Radikalität, mag politisch ebenso oder sogar noch stärker ins Gewicht fallen ("die Alternative wurde konkreter, die Haltung gemäßiger", ebd. S.106). Zwar gewährleistet die autonome Ansiedlung der Projekte außerhalb der bereits bestehenden Institutionen, dass "wir... mit Arbeitsformen, Verhaltensweisen und Kommunikationsprozessen experimentieren können" trug Ursula Nienhaus vom Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum Berlin 1979 auf der Berliner Frauentag Universität zum Thema 'Autonomie oder Institution' vor (Nienhaus 1981, S. 120). "Die Grenzen werden bestimmt durch unsere eigene Kraft, das Maß unserer Entschiedenheit, aus unserer gesellschaftlichen Ohnmacht herauszufinden, die Produktivität unserer Wut über die in den traditionellen, allesamt frauenfeindlichen Bildungs-, Forschungs- oder Informationseinrichtungen erlittene Verstümmelung, Selbstentfremdung und Verstummung... Der Betonung der Autonomie widerspricht es nicht, dass wir für unsere Arbeit öffentliche Finanzierung fordern." (ebd. S.121).

Maria Mies aber stellte 1981 auf dem Kölner Kongress "Autonome Frauenbewegung und die Organisationsfrage", veranstaltet vom Verein für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V., fest: "Unsere Probleme fingen mit unseren Erfolgen an." Hier ihre Argumentationskette im Zusammenhang, die auch für heute z.T. sehr aktuell ist. "Als die erste Phase der Kämpfe nach außen vorbei war, als wir unsere Frauenhäuser, Notrufgruppen, Frauenstudien erkämpft hatten - wenn auch nur in meist ganz geringen

geringen Anfängen - tauchten interne Probleme auf. Hier einige:

a) Die Schwierigkeit, Kontinuität von Zielsetzungen und Erfahrungen herzustellen. Spontaneität und Flexibilität waren gut, um gegen eine versteinerte Bürokratie zu kämpfen; innerhalb unserer Gruppen aber wuchs sich das häufig zu Unzuverlässigkeit, Unverbindlichkeit, Mangel an Koordination aus. Neuen Frauen wurde nicht mehr vermittelt, warum wir die ganze Sache gemacht hatten und welche Kämpfe es gekostet hatte, soweit zu kommen, wie wir waren. Neue Frauen nahmen Frauenhäuser, Frauenzentren als selbstverständliche Institutionen der Frauenbewegung wahr. Wir hatten keine Formen entwickelt, uns unsere eigene Geschichte, unsere eigenen Aktionen anzueignen, wir hatten sie kaum oder gar nicht dokumentiert, und wenn die erste Pioniergruppe weg war, war auch das Wissen um die Entstehung der Initiative weg. So haben wir unsere eigene Geschichte zerstört. Nach einigen Jahren stellen wir nun fest, dass das, was wir Betroffenheit genannt hatten, sich für viele verflüchtigt hat.

b) Mit dem Mangel an Traditionen, an festen Institutionen, der Schwierigkeit, uns unsere Geschichte anzueignen, verschwanden auch immer mehr die feministischen Inhalte aus den Gruppen und Projekten. Und die konkurrierenden Eigeninteressen der Frauen (Karriere, Stelle, Beruf, Prestige) traten an ihre Stelle. Das führte zu weiterer Ausdifferenzierung der Gruppen. Wenn es nicht mehr ging, zogen wir uns in befriedigendere Zusammenhänge zurück, die aber immer enger wurden.

c) "Das Persönliche ist politisch" wurde immer enger definiert, bis es schließlich auf die Beziehung zwischen zwei Frauen zusammenschrankte. An die Stelle des Kampfes um die Veränderung der Verhältnisse trat die Forderung nach Selbstveränderung, die sich meist nur auf die Bewusstseinssebene bezog. Diese Bewusstseinsweiterung war begleitet von einer tatsächlichen Ohnmacht, denn die kleinen Gruppen konnten den großen Herrschaftsapparaten kaum etwas entgegensetzen.

d) Die Abkapselung in Kleingruppen wurde von vielen jungen und neuen Frauen als elitär empfunden. Es war für sie unmöglich zu lernen. Die alten Feministinnen waren meist zu müde zum weiteren Kämpfen, größere Aktionen liefen nicht mehr, und neue Frauen hatten daher kaum die Möglichkeit, in die Bewegung hineinzukommen und ihre Geschichte kennen zu lernen.

Das führte dazu, dass sich die Bewegung auf immer die gleichen Zirkel beschränkte (Studentinnen, Uni-Frauen, Sozialarbeiterinnen, jüngere Frauen, Frauen ohne Kinder usw.) und dass kein Versuch unternommen wurde, sie auf andere Gruppen und Klassen von Frauen auszudehnen, obwohl die Ideen der Frauenbewegung in viel breitere Schichten Eingang gefunden haben.

e) Frauen, die autonome Projekte (auch kommerzielle) aufgebaut hatten, wurden von der Alltagsarbeit so aufgefressen, dass manche die politische Zielsetzung aus den Augen verloren und einfach auf jeden Modetrend reagierten. Diese Tendenz wurde umso deutlicher, je mehr der Feminismus als neuer Markt und neue Ware vom Kapital entdeckt wurde.

Viele Frauen hielten den Widerspruch zwischen dem, was sie gewollt hatten und dem, was daraus geworden war, nicht aus und stiegen aus.

Der Kampf um Institutionalisierung, z.B. von Frauenforschung an den Unis, reduzierte sich z. T. auf den Kampf um mehr Stellen für Frauen, wobei es dann keine Garantie mehr gab, dass die Frauen, die die Stellen schließlich vielleicht bekamen, auch noch die Bewegung vorantreiben würden. Der Kampf um Stellen, innerhalb und außerhalb von Institutionen, droht die Bewegung zu ersetzen.

f) Der Rückzug in kleine, überschaubare und befriedigendere Zusammenhänge hat uns auch immer unfähiger gemacht, Konflikte und Kontroversen aktiv und offen auszutragen oder auch auf die allgemeine Bedrohung durch das kapitalistische Patriarchat zu reagieren... Diese Fehler und Schwächen haben dazu geführt, dass wir nicht in der Lage sind, Kontrolle über unsere eigenen Aktionen, Ideen, Kampagnen auszuüben. Sie werden uns zunehmend weggenommen und in zuneh-

mendem Maß von reaktionären Kräften verinnahmt" (Mies 1981, S. 4/5).

4. Zur Kritik am Autonomieprinzip und an der Projektopraxis der 70er und 80er Jahre

Immer wieder wurde im Laufe der kurzen Geschichte der feministischen Frauenbewegung von Kritikerinnen das Autonomieprinzip angegriffen, eine politische Wirkungslosigkeit und ein Absinken der Frauenbewegung in die Bedeutungslosigkeit vorausgesagt (vgl. Plogstedt 1983). Immer wiederkehrend wurde und wird die Notwendigkeit der politischen Einmischung, des Mitmischens im patriarchalen Verteilungskampf um Macht und Ressourcen beschworen, konsequente Abkehr und Abstinenz von den bestehenden Apparaten als unpolitisch und separatistisch diffamiert. Dies im besonderen von all denen, die der Überzeugung sind, dass innerhalb patriarchaler Organisationen der eigentliche Kampf um die Frauenbefreiung stattfindet - in der Auseinandersetzung mit Männern, Macht und Moneten als gemeinsame Befreiung aller Menschen. Kritisiert wurde am radikalen Feminismus und seinen Projekten die (damalige) konsequente Weigerung, sich mit der bestehenden Politik auseinanderzusetzen und in den Apparaten selbst mitzumischen zu wollen. "Das Leben in autonomen Projekten", kritisiert Antje Kunstmann schon 1978 (!) "anfänglich die Voraussetzung für die eigene Identitätsfindung und die Stärkung des Selbstbewusstseins, wird zur Wunschvorstellung eines befreiten Lebens" (ebd. S.20). Die "Auseinandersetzung mit kapitalistischer Gesellschaft und Macht" fehle. Sibylle Plogstedt - damals Mitarbeiterin der feministischen Zeitschrift Courage - wiederum beklagte 1983 gerade, dass die Frauenbewegung begann, sich allen politischen Themen zuzuwenden - aber innerhalb der autonomen Gruppierungen. Autonomie sei zur Pflicht oder zum Dogma geworden (S.55). Sie sah, "Trends der Verinnerlichung und der Scheinradikalität" (S.17) und einen Rückzug auf "Phantasie und... Vorstellung von Radikalität" (ebd.). Frauenzentren mit dem Selbsterfahrungsansatz in ihren Gruppen sagte sie ein "10jähriges Wirken im Nichts" nach und führte die Abwanderung zahlreicher Frauen aus der Bewegung in an-

dere Politikzusammenhänge auf das Suchen nach politischer Einflussnahme zurück, was für die Bewegung nicht mehr gelte.

Der spezialisierten Projektopraxis gesteht sie keinen weiteren Anteil an politischen Veränderungsprozessen (mehr) zu: "Politisch gesehen ist die Frauenbewegung... heute eine parzellierte Bewegung. Jede Gruppe, jedes Projekt beackert das Stück Land, auf dem sie einst ihren Teil an Neuerungen beigetragen hat..." (S.58)

Der "Avantgarde-Anspruch der Feministinnen" werde "bröckelig, wo sich jenseits des Einflussbereichs der Feministinnen große Gruppen von Frauen in Bewegung setzen, aktiv werden und den Kontakt zu Feministinnen nur beschränkt suchen" (ebd.). Sie sah damals ein Problem in der Weigerung vieler Feministinnen, direkt mit Institutionen zusammenzuarbeiten und sich mit "institutionellen Frauenfragen zu beschäftigen. Ich glaube, solche Ignoranz und Selbstgefälligkeit kann sich keine von uns leisten" (ebd. S.59). So plädierte sie damals (ziemlich erfolglos) für einen "Zusammenschluss aller feministischen Frauenbewegungsgruppen zu einem alternativen Frauenrat", denn wir sollten "uns einmal ansehen, wie viele Feministinnen heute schon bei der AL oder bei den Grünen für Frauenforderungen arbeiten, um zu erkennen, dass wir entweder selber das Ende der Autonomie verkünden sollten - oder aber uns noch einmal rappeln müssten, um von unseren autonomen feministischen Gruppen aus wieder eine Frauenbewegungspolitik zu machen." (S.59).

"Rückzug" ist eine überhaupt häufig verwendete Vokabel in der Bewertung autonomer Frauenprojekte. "Neben ihrer eigentlich gemeinten und gewollten Bedeutung, Ich-Stärke zu vermitteln, weibliche Interessen durchzusetzen, Solidarität zu ermöglichen, können sie auch zu Fluchtburgen werden, zu künstlich harmonisierten Gemeinschaften, dem gemeinsamen Rückzug aus der Wirklichkeit dienend, die als totale Aggression, als totaler Krieg gegen Frauen verstanden wird." (Gerhardt 1979 S.26). Ursula Krechel schließlich meint, jeder "mit Absolutheitsanspruch vorgelegene Autonomieanspruch (sei)..., eine Fiktion. Ergeht an der Tatsache vorbei, dass gesellschaftliches Handeln von der Gesellschaft bestimmt wird." (Krechel 1976 S.20).

Und noch bevor die autonome Frauenbewegung ihr politisches Potential überhaupt voll entfaltet hatte und die gesellschaftlichen Folgewirkungen, die heute in breiten Maße sichtbar sind, noch gar nicht im Blick waren, wurde der politische Sinn der Autonomie bereits infrage gestellt: "Auf lange Sicht sabotiert die Insistenz einer autonomen Frauenbewegung die fällige Neubestimmung gesellschaftsverändernder Praxis wie auch der Geschlechtsrollen. Will man relevante Gruppen und Einzelpersonen, die an gesellschaftlichen Veränderungen arbeiten, zwingen, in ihren Entwürfen endlich die neuen Bedürfnisse der Frauen einzuplanen, muss man mit ihnen kooperieren" (Mühlbauer 1975, S.263).

5. Autonomie und Institution

Die Weigerung, mit Institutionen, auch mit Feministinnen in Institutionen (Mary Daly: "Feministinnen in Institutionen sind Alibifeministinnen"), zusammenzuarbeiten, galt insbesondere für die 70iger Jahre und diente notwendiger Selbstversicherung und der unbeeinträchtigten Erarbeitung eigener Positionen und Handlungsformen. Faktisch aber hatten schon immer zahlreiche Frauen aus den verschiedensten Institutionen und Arbeitsbereichen in der autonomen Frauenbewegung mitgearbeitet (schließlich verdient jede irgendwo ihr Geld), sich dort allerdings als Teil der Bewegung verstanden und an ihrer eigenen Befreiung gearbeitet. Die Erfahrungen und Prozesse schlugen sich naturwüchsig auch im Bereich der bezahlten Arbeit jeder der Frauen nieder und stießen dort an die Grenzen realer Veränderungsmöglichkeiten, die sich individuell mal mehr mal weniger erweitern ließen.

Der Transport der Bewegungsinhalte in die institutionelle Arbeit ist in vielfacher Weise erfolgt, ebenso wie die Unterstützung von Frauenprojekten aus der Institution heraus, wenn sich Chancen dazu eröffneten. Spätestens seit der öffentlichen Bezuschussung von Frauenprojekten und der Einrichtung von Gleichstellungsstellen stellt sich die Frage der Zusammenarbeit mit Institutionen für viele Projekte längst nicht mehr so grundsätzlich wie früher, sondern eher hinsichtlich ihrer Form und Intensität. Auch die Mitarbeit in

verschiedenen Gremien, von denen eine Einflussnahme auf eine Veränderung der gesellschaftlichen Situation für Mädchen und Frauen zu erwarten wäre, hat längst begonnen. Damit geht ein wachsender Teil der Arbeit der autonomen Frauenbewegung in institutionelle Frauenarbeit, in gesellschaftliche Innovation und letztlich auch in die gesellschaftliche Integration der "Frauenfrage" ein, daran besteht kein Zweifel. Auch die gesamte Arbeit an der Opferthematik, über Gewalt gegen Frauen, mit den Frauenhäusern, Notrufen, Therapie und Zufluchtstellen ist Beispiel von gesellschaftlicher Innovation durch Gegeninstitution.

Die Frage ist heute eher die nach der Aufrechterhaltung der Autonomie und der radikalen Ansätze innerhalb der Projekte als eine befürchtete gesellschaftspolitische Bedeutungslosigkeit. Die Bewegung scheint sich teilweise sogar zu verschieben zu vielfältigen autonomen Zusammenschlüssen in Netzwerken von Frauen verschiedenster Institutionen und Berufszweige, um sich wiederum außerhalb dieser Institutionen ihrer eigenen Ideen, Widerstandskraft, Kreativität und ihrer eigenen Identität zu versichern und daraus folgend Einfluss zu nehmen auf Inhalt und Struktur ihrer Arbeitsbereiche.

Für alle Frauen, die in Institutionen arbeiten und übrigens auch für alle Institutionen/ gesellschaftliche Instanzen, die offen sind für eine gesellschaftliche Veränderung, ist aber eine starke lebendige autonome Szene, die auch weiterhin mit radikalen Forderungen und in kompromisslosen Formen an die Öffentlichkeit tritt, notwendiger Orientierungspunkt und notwendiges Korrektiv für die eigenen Handlungen, d.h. also eine Szene, die nicht nur in bezuschusste Projekte und auf diese Weise in verschiedene Verpflichtungen eingebunden ist. Das Gerede vom "Postfeminismus" infolge der Übernahme vieler Bewegungsforderungen und -inhalte in Institutionen oder von anderen Gruppen - freilich auch deren jeweilige Veränderung - und die längst wieder schwindende "Salonfähigkeit" und Attraktivität des radikalen Feminismus, kann im Grunde nur als Aufforderung für eine neue Radikalisierungsphase und als volle Bestätigung der Unverzichtbarkeit des Autonomiekonzepts gelten.

7. "AFFIDAMENTO". Der Theoriebeitrag der Mailänder Frauen zur Weiterentwicklung der autonomen Frauenbewegung

Kritikerinnen haben auch immer wieder auf einen Mangel an Struktur in den Gruppen der autonomen Frauenbewegung verwiesen, haben ihn verantwortlich für ein zeitweises Stagnieren der politischen Entwicklung der Frauenbewegung gemacht. Was als Strukturmangel wahrgenommen wurde, waren natürlich die notwendigen Prinzipien der Hierarchielosigkeit und des Spontaneismus. Der Spontaneismus erlaubt(e) ein Agieren nach dem Lustprinzip, ohne organisatorische Zwänge einzuführen, die wiederum als Beschränkung und Fremdbestimmung erscheinen bzw. wirken würden. Manche oder auch viele - konnten/können mit dieser Offenheit, die leicht zur Beliebigkeit wird, nicht umgehen, brauchen engere Grenzen und Verbindlichkeiten, um ihre politische Potenz zur Entwicklung zu verhelfen, schaffen es nicht, die Verantwortung fürs eigene Handeln, für die eigenen Ziele ganz allein zu übernehmen und jeweils selbst aktiv nach Mitstreiterinnen zu suchen - ohne auf Bestärkung und Bestätigung in anderer Weise hoffen zu können als durch die Überzeugungskraft der konkreten Ideen und Handlungskonzepte selbst.

Die Vorstellung andererseits, in anderen politischen Zusammenhängen mehr erreichen zu können, ist vielfach eine bittere Illusion. Der Wunsch nach persönlicher Anerkennung allerdings, die oft innerhalb der autonomen Frauenbewegung versagt bleibt, ist ein Knackpunkt, der viele Frauen zur Distanzierung von ihr veranlasst hat. Das Problem, Erfolge und Kompetenzen von Frauen anzuerkennen, mit Macht von Frauen innerhalb der Bewegung produktiv umgehen zu können, ist noch nicht grundsätzlich gelöst. Der Anspruch nach Gleichheit aller beteiligten Frauen ist einerseits ein wichtiges leitendes Prinzip, wird andererseits der Tatsache nicht gerecht, dass Ungleichheit in Wissen, Erfahrungen, Kompetenzen u.a. Eigenschaften ohne Zweifel vorhanden und auch spürbar ist.

Die fehlende Anerkennung mag von den einzelnen Frauen noch kompensiert werden können durch entsprechende Möglichkeiten in

anderen gesellschaftlichen Bereichen. Schwerer noch wiegen offene Ablehnung und Angriffe. Der allzu oft unberechtigte Vorwurf der Machtausübung, Geltungssucht und der Reproduktion männlicher Strukturen hat viele Frauen wesentlich härter getroffen und zu ihrer Verabschiedung aus der aktiven feministischen Bewegung geführt. Die Aufforderung, die Unterschiede untereinander nicht mehr zu leugnen, sondern diese zu akzeptieren und starke Frauen nicht mehr als (negative) Mutterfiguren zu begreifen, in Opposition zu denen die eigene Entwicklung vollzogen wird - diese Aufforderung der Frauen aus dem Mailänder Frauenbuchladen soll für ein grundsätzliches Problem autonomer Frauengruppen eine Lösung bereitstellen, eine neue Kultur des kreativen politischen Umgangs miteinander einführen und einem autonomen weiblichen Lebensmodell in der Gesellschaft Geltung verschaffen. Die Orientierung an Frauen, die positive Identifizierung als Frau, das Lernen von Frauen - all dies sei blockiert, meinen sie, durch die kulturelle Verankerung fehlender Repräsentanz der Mutter-Tochter-Beziehung: "Wahrscheinlich wurde keiner von uns beigebracht, dass es notwendig ist, die Beziehungen zu anderen Frauen besonders zu pflegen und sie als wesentliche Quelle persönlicher Stärke, geistiger Originalität und sozialen Eingebundenseins zu betrachten." (Libreria..., S.21).

"Einer anderen Frau in der Öffentlichkeit Wert und Autorität zuzubilligen heißt gleichzeitig, sich selbst Wert zu verleihen", ist die magische Formel des Affidamento, der vertrauensvollen Beziehung zu einer anderen Frau, das Anvertrauen auf der Basis einer sozialen Beziehung, nicht einer Liebesbeziehung. "Es ist wichtiger, Lehrmeisterinnen zu haben, als anerkannte Rechte zu besitzen", ist die Grundaussage der 1987 vom Orlanda-Verlag in deutscher Sprache veröffentlichten Aufarbeitung der Entwicklungsgeschichte des autonomen Feminismus Italiens - eine Geschichte, in der alle Stufen des bundesdeutschen Feminismus wiederzuerkennen sind, auch wenn Schwerpunkte oft anders gesetzt wurden.

In der Theorie des "Affidamento" zeigen sie auf, dass in der patriarchalen Gesellschaft Beziehungen unter Frauen lediglich zur ge-

genseitigen Hilfeleistung gestattet sind, nicht aber solche, "die der Frau Wert verleihen" (S.145). Der italienische Feminismus war ebenso wie der deutsche konfrontiert mit der "Schwierigkeit.., Autorität und Überlegenheit anzuerkennen, ohne diese mit Herrschaft, mit Unterstützung der Macht und mit hierarchischen Formen in Verbindung zu bringen" (S.160). Sie fordern zur Auseinandersetzung und zur Aufgabe harmonisierender Mechanismen und von gewisser Sucht nach Bestätigung auf: "Eine Frau kann und muss die anderen Frauen beurteilen. Eine Frau kann und muss sich mit dem Urteil der anderen Frauen auseinandersetzen." (S.172). Eine Unterlassung dieses Urteilens führe zu Selbstbeschränkung und blockiere Weiterentwicklung stellen sie fest. "Unter Frauen ist oft das Bedürfnis nach Bestätigung stärker als das Begehren und so wagen sie es nicht, sich mit ihrem Begehren dem Urteil anderer auszusetzen, denn sie haben das dunkle Gefühl, dass es jenseits der bedingungslosen Anerkennung nur Vernichtung und Tod gibt" (S.173)

Literatur

- Gerhardt, Marlies:** 'Der weiße Fleck auf der feministischen Landkarte' in: Gabriele Dietze: Die Überwindung der Sprachlosigkeit, Darmstadt/Neuwied 1979
- Heiliger, Anita:** Autonomie gegen Integration, in: Martina Racki 1988, a.a.O.
- Heiliger, Anita:** Autonome Frauenräume und Macht, in: Kofra 29/1987: Dokumentation des Kongresses zur autonomen Frauenpolitik, selbstbestimmte Arbeit und Ausweitung von Frauenräumen.
- Johnston, Jill:** Nationalität lesbisch. Die feministische Lösung, Berlin 1976
- Kleines Weiberlexikon,** Stichwort Autonomie, Dortmund 1985
- Knapper, Marie-Theres:** Feminismus, Autonomie, Subjektivität. Tendenzen und Widersprüche in der neuen Frauenbewegung, Bochum 1984
- Krechel, Ursula:** Selbsterfahrung und Frauenbewegung. Bericht aus der neuen Frauenbewegung, Darmstadt/Neuwied 1975
- Libreria delle Donne di Milano:** Wie weibliche Freiheit entsteht. Eine neue politische Praxis, Berlin 1988
- Linnhoff, Ursula:** Die neue Frauenbewegung USA - Europa seit 1968, Köln 1974
- List, Elisabeth:** Denkverhältnisse. Feminismus als Kritik in: dies./Herlinde Studer (Hg.): Feminismus und Kritik, Ffm. a.M. 1989
- Metz-Göckel, Sigrid:** Die zwei (un)geliebten Schwestern. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Frauenforschung im Diskurs der neuen sozialen Bewegungen. In: Beer, Ursula (Hg.): Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik, Bielefeld 1987

- Menschik, Jutta:** Feminismus. Geschichte, Theorie, Praxis, Köln 1977
- Meulenbelt, Anja:** Feminismus. Texte zur Frauenbefreiung, Aufsätze von 1975-1980, München 1982
- Mies, Maria:** Autonome Frauenbewegung und die Organisationsfrage. In: Autonome Frauenbewegung und die Organisationsfrage", Dokumentation des gleichnamigen Kongresses des Vereins f. soz. wiss. Forschg. u. Praxis für Frauen e.V., Köln 1981
- Mühlbauer, Rita:** Strategiemodelle der Neuen Frauenbewegung. In: Böckelmann u.a.: Maskulin/Feminin, München 1975
- Nesemann, Christa:** Staatsknete für Frauenprojekte. Die Erfahrungen mit dem "Berliner-Modell", in: Martina Racki 1988, a.a.o
- Nienhaus, Ursula:** Wir fordern beides: Autonomie und Geld. In: Autonomie oder Institution. Beiträge zur 4. Sommeruniversität der Frauen in Berlin 1979, Berlin 1981
- Plogstadt, Sibylle:** Wenn Autonomie zum Dogma wird, in: Courage 12/83
- Racki, Martina:** Frauen(t)raum im Männer-raum. Selbstverwaltung aus Frauensicht. München 1988
- Rohr, Barbara:** "Seite an Seite" mit den Männern für unsere Befreiung kämpfen. In: Dokumentation der 1. Bremer Frauenwoche, Bremen 1983
- Schlaeger, Hilke:** Autonome Frauenbewegung. In: Frauen Bilder Lesebuch, Reinbek 1982
- Schwarzer, Alice:** Mit Leidenschaft, August 1982
- Stoehr, Irene:** Auf dem Weg in den Staatsfeminismus? In: alternative 120/78
- Wunderlich, Michaela:** Politik der Subjektivität. Texte der Frauenbewegung. Ffm. 1977

THEMEN

„Frauenrealität bestimmt Frauengesundheit – Frauenspezifische Gewalt und Tabuisierung“

Monika Hauser, medica mondiale, Köln
 Kurzfassung eines Vortrages auf dem IPPNW-Kongress: Kultur des Friedens – Gender und Konflikt, Berlin, 3. Mai 2003:

Sexualisierte Gewalt gegen Frauen hat gesellschaftliche Wurzeln

Das Hauptanliegen von medica mondiale ist, Frauen und Mädchen, die sexualisierte Gewalt in kriegerischen Auseinandersetzungen überlebt haben, zu unterstützen. Nach unserer Erfahrung jedoch leiden Frauen nicht nur an der erlebten Gewalt, sondern zusätzlich an mannigfachen Traumatisierungen während und nach der eigentlichen Kriegszeit. Diese Traumatisierungen sind Folge von gesellschaftlichen und politischen Parametern.

Wenn wir wirklich an der Seite der Frauen stehen und ihnen eine sinnvolle Hilfestellung anbieten wollen, kommen wir nicht umhin, diese politischen und sozialen Faktoren zu analysieren, zu benennen und daran etwas zu verändern. Tatsache ist, dass eine mögliche Gesundung der Frauen nach sexualisierten Gewalterfahrungen in extremen Maß abhängig ist vom Verständnis ihrer eigenen Gesellschaft. Eine akzeptierende und verstehende Haltung kann die Aktivierung der Selbstheilungskräfte und infolgedessen die seelische Bewältigung in hohem Maß fördern. Eine ignorierende, ablehnende oder stigmatisierende Haltung gegenüber dem gesellschaftlichen Lebenskontext verhindert Heilung und verletzt die Frauen möglicherweise neu.

Dieses Verständnis den Frauen gegenüber ist sehr unterschiedlich und abhängig vom kulturellen und sozialen Kontext, also dem Wertesystem, in dem die Frau lebt. Eine Tabuisierung von sexualisierter Gewalt ist nahezu in allen Gesellschaften zu verzeichnen, doch sehen wir große Unterschiede in ihrem Ausmaß, ihrer Ausprägung und den daraus resultierenden Folgen für die Überlebenden. Hier ist neben dem moralischen Werte-Kodex einer Gesellschaft in Vorkriegs- oder Kriegzeiten elementar, dass die Bevölkerung entweder auf einen Krieg hin vorbereitet, oder zum Durchhalten manipuliert werden soll. Der Umgang mit dieser Strategie ist ein Signal für die Misogynie einer Gesellschaft.

Die Gesellschaft unterscheidet im Hinblick auf die Täter zwischen "guten" und "schlechten" Vergewaltigungen. Gute, also moralisch verurteilenswerte Vergewaltigungen sind solche durch feindliche Soldaten wie im Krieg in Bosnien-Herzegowina, als muslimische und kroatische Frauen und Mädchen massenhaft sexualisierter Gewalt durch serbische Soldaten, Paramilitärs und Nachbarn ausgesetzt waren. Vergewaltigungen durch Männer aus den eigenen Reihen, durch befreiende oder eigene Soldaten oder auch die häusliche Gewalt, die in der Nachkriegszeit zum Beispiel in Bosnien extrem anstieg, war in den bosnischen Familien keiner öffentlichen Thematisierung oder gar Anprangerung wert.

Und das nicht nur in Bosnien. Beispielsweise sollten deutsche Frauen nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes Vergewaltigung

gen durch US-amerikanische Soldaten nicht "aufbauschen", da es ja um die Befreier ging (s. Helke Sanders "Befreier und Befreite"). Selbst Ärztinnen waren gar angewiesen, es mit der Dokumentation des Verbrechens im Krankenhaus nicht so genau zu nehmen.

Mit einer solchen Vergewaltigung ändert sich der Status der Opfer und die gesellschaftlichen Haltung ihnen. Besonders dramatisch ist es für Mädchen, die durch eine Vergewaltigung ihre Jungfräulichkeit verlieren. Durch den öffentlich gemachten Verlust ihres Hymens, der gleichbedeutend ist mit dem Ehrverlust für die Familie, mutieren sie vom verkaufbaren Objekt zu einer geschändeten und ausgegrenzten Person. Dass sie als nicht mehr schützenswert betrachtet werden, kann die Folge von Isolation und Nahrungsentzug haben, bis dahin, dass sie von ihren männlichen Familienmitgliedern hingerichtet werden - wie wir an den sogenannten "honour killings" in Ländern wie der Türkei und dem Irak sehen.

Gewalt in Gesellschafts- und Sozialstrukturen

Wir müssen also von einer doppelten Gewalt gegen Frauen und Mädchen sprechen, die ich etwas näher ausführen möchte.

Die erste Form der permanenten Gewalt gegen Frau ist in der extrem frauenfeindlichen Haltung innerhalb von patriarchalen Gesellschaften mit Feudal-Strukturen und ihren rigiden Sozialkodices zu finden, wie sie am Beispiel der Ehrenmorde deutlich wird. Auch die frühen Zwangsverheiratungen, zum Beispiel in Afghanistan, gepaart mit der kompletten Rechtlosigkeit der afghanischen Frauen und Mädchen, veranschaulichen die strukturelle Gewalt dieser Gesellschaftsform. Es ist gängiger Usus in Afghanistan, die Mädchen in einem Alter von 10 bis 12 Jahren zu verheiraten, häufig an 20-40 Jahre ältere Männer, deren Zweit- oder Drittehefrau, sie dann sind, die in der Hierarchie über ihnen stehen und die sie zusammen mit der Schwiegermutter wie eine Leibeigene halten. Das kommt einer frühen Ausbeutung ihrer physischen, reproduktiven und psychischen Kräfte gleich. Häufig genug sind schon junge Frauen mit 20-25 Jahren durch die tägliche Arbeit und den vie-

len Schwangerschaften und Geburten ausgezehrt, erschöpft und krank.

Als Beispiel für eine besonders genderbestimmte Infektion möchte ich hier die hohe Inzidenz von Tuberkulose anführen. In Afghanistan sterben laut WHO jährlich ca. 14.000 Menschen an TBC, davon sind 90% Frauen! Hauptursache dafür ist, dass sich die Frauen nahezu den ganzen Tag in slumartigen Wohnungen und schlecht belüfteten Feuer-Kochnischen aufhalten. Der größte Teil aller afghanischen Frauen hat kaum Zugang zu Gesundheitsversorgung und zu Medikamenten. Das war schon unter den Taleban extrem, gab es aber auch vor und nach ihrer Zeit, vor allem für Frauen aus ländlichen Gebieten. Diese Wertlosigkeit der Frauen veranschaulicht ein afghanisches Sprichwort: "wozu soll ich (der Ehemann) neue Medikamente für die Frau kaufen, wenn ich eine neue Hochzeit machen kann". In einem solchen Kontext wird eine kranke Frau von ihrem Mann kaum wahrgenommen, sie hat einfach zu funktionieren. Natürlich ist auch bestimmend, aus welcher sozialen Schicht die Frau kommt: Armut exponiert Frauen für ganz bestimmte Krankheiten. Dies ist umso problematischer für chronische Erkrankungen wie TBC, wo eine langfristige medikamentöse Therapie erfolgen muss.

Als zweite Form der permanenten Gewalt ist die gesteigerte Gewalt gegen Frauen und Mädchen während kriegerischer Auseinandersetzungen zu nennen. Unserer Beobachtung nach steigt sexualisierte Gewalt in Vorkriegssituationen in der Regel an, da in den misogynen Gesellschaften gerade Frauen zur (ersten) Zielscheibe politischer Auseinandersetzungen werden. Dies war deutlich im Kosovo zu verzeichnen, als nach der Autonomieaberkennung 1989/1990 während der Apartheidzeit zunehmend kosovoalbanische Frauen und Mädchen sexuellen Übergriffen durch serbische Polizisten oder Soldaten ausgesetzt waren. (Zynischerweise wurde gerade von offizieller serbischer Seite erhöhte sexualisierte Gewalt gegen serbische Frauen durch kosovoalbanische Männer zur manipulativen Kriegsvorbereitung benutzt.)

Dass Vergewaltigungen der Frauen des Feindes als strategisches Mittel der Kriegsführung instrumentalisiert werden, wissen wir spätestens seit Bosnien-Herzegowina. Doch ich möchte darauf hinweisen, dass sexualisierte Gewalt in jedem kriegerischen Konflikt ausgeübt wird. Afghanische Frauen waren neben der dieser Gesellschaft impliziten Gewalt auch bei jeder militärischen Eskalation zusätzlicher Gewalt ausgesetzt - sei es durch die sowjetischen Besatzungssoldaten, später die Mudjaheddin, ab 1996 die Taleban. Selbst in Nachkriegszeiten mit politischer Instabilität, den Kriegszerstörungen und ihren sozialen Folgen, der ökonomischen Perspektivlosigkeit verzeichnen wir eine erhöhte Inzidenz von Gewalt wie beispielsweise häuslicher Gewalt und Inzest. (in allen Ländern von Ex-Jugoslawien, Ruanda, etc.)

Das Tabu als erneute Gewalt

Nach dem Trauma der eigentlichen Gewalterfahrung kommt für die Überlebenden ein zweites Trauma dazu, nämlich das des Tabus und des Schweigens. Ein integraler Bestandteil dieser misogynen Sozialkodices ist die Tabuisierung, das Totschweigen jeglicher sexualisierter Gewalt. Im sozialen Umfeld der vergewaltigten Frau darf diese Erfahrung familiär und gesellschaftlich nicht thematisiert werden, andererseits verursacht sie zusammen mit dem Verschweigen schwerwiegende gesundheitliche und soziale Folgen für die Opfer. Wenn die Familie von ihrer Traumatisierung nichts weiß, wird die Überlebende versuchen, die Familie "vor ihrer Schande" zu schützen. Der Preis ist hoch: Einsamkeit, Leid, Armut. Wenn die Familie von der Vergewaltigung Kenntnis erlangt hat, kann die Frau gezwungen werden, gegenüber der Außenwelt zu schweigen. In bei den Fällen verstärkt dies ihre soziale Isolation. Besonders unverheiratete Frauen riskieren, von ihrer Familie abgeschrieben zu werden, der Schutz, der ihnen gewährt wird, so lange sie jungfräulich sind, wird nicht mehr für nötig erachtet. Wenn das soziale Umfeld von ihrer Traumatisierung weiß, ist sie Klatsch, Verachtung und übler Nachrede bis hin zur Ausgrenzung ausgeliefert. Außerhalb der Familie jedoch gibt es jedoch für Frauen in Gesellschaften wie

Kosova oder Afghanistan kaum Überlebensemöglichkeiten. (Wareham 2000)

Gewalt vor den Gerichten

Zusätzlich schmerzhaft wird es für Überlebende wenn die erlittenen Menschenrechtsverbrechen negiert oder angezweifelt werden. Es ist erfreulich, dass mittlerweile beim Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag einige der angeklagten Täter zu hohen Strafen verurteilt worden sind. Allerdings spricht Bände, dass ausgerechnet bei dieser Form von Verbrechen die Glaubwürdigkeit von Zeuginnen aufgrund ihrer Traumatisierung in Frage gestellt wurde. (s. Dokumentation des Foca-Prozesses, medica mondiale 2002). Auch völlig unzulässige Fragen der Verteidiger der Angeklagten während der Kreuzverhöre wie nach Verhütung (während der Lager-Inhaftierung) und früheren Schwangerschaftsabbrüchen demonstrieren die misogynen Denkweise. Dazu kommt, dass die eigentliche Traumadynamik Scham und Sprachlosigkeit bei Folter-Überlebenden hervorruft und diese psychischen Defekte zuungunsten der Frauen ausgelegt werden. Flüchtlingsfrauen oder Asylbewerberinnen in Deutschland, die ihre Gewalterfahrungen erst bei der anstehenden Abschiebung offenbaren oder nicht die von staatlicher Seite geforderte widerspruchsfreien Aussage liefern können, werden als nicht glaubwürdig abgestempelt. Hier werden weder Traumafolgen noch kultureller Kontext der Überlebenden berücksichtigt.

Diese Komplexität der Lebensbedingungen der Überlebenden illustriert wohl auf dramatische Weise, wie die Gesundheit von Mädchen und Frauen durch den gesellschaftlichen Kodex beeinträchtigt ist. Daher sind wir in unserer Arbeit konsequenterweise damit beschäftigt, Strategien zu entwickeln, die diese Bedingungen berücksichtigen, sowohl im Aufbau der konkreten Hilfsangebote als auch bei der politischen Aufklärungsarbeit.

Bürger oder Bürgerin?

Marion Sonnenmoser

Nun wurde wissenschaftlich bestätigt, was Feministinnen schon lange kritisieren: Die rein männliche Sprachform schließt Frauen aus.

Gerade hatten Schreib- und Sprachformen wie "Pilotinnen" oder "Piloten/innen" Eingang gefunden in Texte, Dokumente und Politikerreden. Doch immer öfter kündigen Autoren jetzt schon im Vorwort an, dass in ihrem Text "aus Gründen der besseren Lesbarkeit nur die männliche Sprachform verwendet wird" - womit der Versuch einer sprachlichen Umstellung nach und nach wieder zurückgedrängt wird. Das ist eine Entwicklung, die Frauen aufhorchen lassen sollte, denn die Sprachform beeinflusst die Vorstellungen über die beschriebene Person. Dies haben die Wissenschaftlerinnen Dagmar Stahlberg und Sabine Sczesny von der Universität Mannheim nun in mehreren Studien nachgewiesen (*Psychologische Rundschau*, 3/2001).

In einem ersten Experiment baten sie 46 männliche und 50 weibliche Studierende in einem Fragebogen um Auskunft über ihre persönlichen Meinungen und Vorlieben. Der Fragebogen lag in drei Sprachversionen vor: Während in Version 1 nur die männliche Sprachform ("generisches Maskulinum") verwendet und beispielsweise nach dem "liebsten Romanhelden" gefragt wurde, fanden in die anderen Fragebogenversionen alternative Sprachformen Eingang. In Version 2 wurde die geschlechtsneutrale Formulierung "liebste heldenhafte Romanfigur" und in Version 3 eine Benennung der männlichen und weiblichen Sprachform ("liebste Romanheldin, liebster Romanheld") verwendet.

Sowohl die weiblichen als auch die männlichen Befragten nannten mehr weibliche Romanhelden, wenn die neutrale Form oder beide Geschlechter in den Fragestellungen auftauchten, als wenn die männliche Form aus Version 1 gebraucht wurde. "Die Assoziation mit männlichen oder weiblichen Personen wird von der jeweils verwendeten Sprachform beeinflusst", deuten die beiden Forscherinnen diesen Befund

Ein ähnliches Ergebnis erbrachte in einem zweiten Experiment die Aufforderung drei Sportler, Sänger, Politiker oder Moderatoren zu nennen. Während die Verwendung der männlichen Sprachform vorwiegend zur Nennung männlicher Personen führte, wurden Frauen bei der Verwendung alternativer Formen gedanklich stärker einbezogen, insbesondere bei der Sprachform mit dem „1" wie bei "SportlerInnen".

In einem weiteren Experiment fragten die Wissenschaftlerinnen in unterschiedlichen Sprachversionen 120 Studierende danach,

wen sie den großen Volksparteien als Kandidaten oder Kandidatin für das Kanzleramt bei der nächsten Bundestagswahl empfehlen würden. Auch bei diesem Experiment hatte die Sprachform einigen Einfluss auf die Nennungen. "Wurden beide Geschlechter angesprochen, so wurden zumindest für die SPD mehr weibliche als männliche Kandidaten genannt", fanden die Forscherinnen heraus.

"In allen Studien führte der Gebrauch der männlichen Sprachform zu einem geringen gedanklichen Einbezug von Frauen", bringen Stahlberg und Sczesny ihre Ergebnisse auf den Punkt und bestätigen damit die feministische Argumentation. Die Forscherinnen nehmen an, dass alternative Sprachformen Reflektionen über die Geschlechterverteilung auslösen. Die männliche Sprachform wird hingegen relativ automatisch verarbeitet, da sie in den meisten Sprachsituationen verwendet wird.

DJH schließt Pädophilie-Verein aus.

Gruppe "AG Pädo" traf sich in Jugendherbergen

Von Urs Zietan

Das Deutsche Jugendherbergswerk hat am 5.11.03 die "Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität" (AHS) ausgeschlossen. Eine Untergruppe der "AHS" hatte in Jugendherbergen Treffen zum Thema "Pädophilie" veranstaltet. "Menschen mit pädophilen Neigungen können wir in Jugendherbergen aus grundsätzlichen Erwägungen nicht aufnehmen", teilte der Geschäftsführer des Deutschen Jugendherbergswerks (DJH) am 4.11.03 mit. DJH-Sprecher Knut Dinter bestätigte wdr.de, dass mindestens ein Treffen der Gruppe "AG Pädo" mit zehn Personen in einer Jugendherberge in Mainz stattgefunden habe. "Wir haben das Mitglied AHS ausgeschlossen und alle weiteren gebuchten Übernachtungen gekündigt", so Dinter weiter. Dem DJH seien allerdings keine Übergriffe von "AHS"-Mitgliedern auf Kinder oder Jugendliche bekannt.

"Wir haben die AHS vorsorglich ausgeschlossen, obwohl nichts strafrechtlich Relevantes geschehen ist", so Dinter. Das DJH wolle mit dem Ausschluss seine Gäste schützen und verhindern, dass andere DJH-Mitglieder aus Sorge um Kinder und Jugendliche aus dem Herbergswerk austreten. Dinter erklärt weiter, dass die Herbergseltern wachsam seien ge-

genüber Gefahren für Kinder und Jugendliche, die in ihren Häusern übernachteten.

Die Gruppe "AG Pädö", die sich laut ZDF-Recherchen mehrmals im Jahr in Jugendherbergen getroffen haben soll, ist eine Untergruppe der "AHS" und setzt sich für mehr Verständnis für Pädophile ein. Sie vertritt die Auffassung, dass sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern straffrei sein sollten, solange die Kinder damit einverstanden sind. Von der Selbsthilfegruppe zur "Täterlobby"? Der Verein "AHS" ist in den 80er Jahren zunächst als Selbsthilfegruppe aufgetreten. Er wurde 1988 beim Amtsgericht Bonn als gemeinnütziger Verein angemeldet. Nach und nach habe sich die "AHS" zu einer Art "Täterlobby" entwickelt, sagt eine Kennerin der Szene, die gegen Pädophile kämpft, aber nicht genannt werden will.

Ein Verband, aus dem die "AHS" ausgeschlossen wurde, berichtet gegenüber wdr.de von der Entwicklung, die die "AHS" in den neunziger Jahren gemacht habe. In dem Verband sei man bei der Aufnahme davon ausgegangen, dass die "AHS" Sozialarbeit für Homosexuelle, Pädophile, Prostituierte, gewalttätige Männer und andere Gruppen betreiben würde. "Die anderen Aktivitäten ließ der Verein aus unserer Sicht verkümmern und auf einmal war es eine Pädophilen-Vereinigung mit gefährlichen Zügen", so ein Mitarbeiter des Verbandes. Es habe der starke Eindruck bestanden, dass die Vereinigung nicht Hilfe für Betroffene, sondern Unterstützung für Pädophile angeboten habe. <http://www.wdr.de/themen/oanorama/3/ahs/index.html>

Opferschutz im Strafverfahren verbessert Opfer erhalten im Strafverfahren mehr Rechte

Opfer von Straftaten werden in Zukunft rechtlich besser geschützt. Die Möglichkeit der Aufzeichnung von Zeugenvernehmungen auf Video wird verbessert, Opfer können ihre Schmerzensgeld- und Schadensersatzansprüche bereits im Strafverfahren geltend machen. Durch diese und weitere von der Bundesregierung geplante Maßnahmen sollen die Belastungen der Opfer im Strafverfahren verringert werden.

Das Bundeskabinett hat am 5. November 2003 den Gesetzentwurf zur Verbesserung der Rechte von Verletzten im Strafverfahren (Opferrechtsreformgesetz) beschlossen. Die Bundesregierung setzt damit eine wichtige Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um.

Schutz vor Mehrfachaussagen

Für die Opfer von Straftaten kann die Durchführung eines Strafverfahrens eine große Belastung sein. Insbesondere Opfer von schweren Gewalt- oder Sexualdelikten können durch wiederholte Vernehmungen erheblich belastet werden. Um diese Belastungen zu reduzieren und dem Opfer quälende Mehrfachvernehmungen zu ersparen, sieht der Entwurf die Möglichkeit vor, eine Anklage künftig auch bei besonderer Schutzbedürftigkeit des Opfers beim Landgericht erheben zu können. Auf diese Weise kann z. B. vermieden werden, dass insbesondere kindliche Opfer von Sexualstraftaten als Zeugen in einem Verfahren mehrfach aussagen müssen.

Darüber hinaus werden im Verfahren vor den Amtsgerichten die Möglichkeiten der Dokumentation und Aufzeichnung von Aussagen zum Beispiel auf Video erweitert. Zusammen mit der erweiterten Verwertbarkeit dieser Aussagen können so die Zeugenvernehmungen im Berufungsverfahren verringert werden und damit zu einer Entlastung des Zeugen beitragen.

Entlastung der Justiz

Durch die Straftaten entstehen den Verletzten in der Regel Schäden, die schon nach dem geltenden Recht im Strafverfahren ausgeglichen werden können. Dadurch bleibt dem Opfer ein zusätzliches Verfahren vor den Zivilgerichten erspart. Diese Möglichkeit fristet in der Praxis jedoch nur ein Schattendasein. Eine Belebung dieses Verfahrens bietet indes nicht nur dem Verletzten die Chance auf zeitnahe Feststellung seiner Ansprüche, sondern trägt durch die unmittelbare Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse bereits im Strafverfahren in einen zivilrechtlichen, vollstreckbaren Anspruch insgesamt gesehen zu einer Entlastung der Justiz bei.

Mehr Rechte für Angehörige von Opfern.

Künftig sollen auch die Angehörigen eines Getöteten den Anspruch auf kostenlose Beordnung eines Rechtsanwaltes, den sogenannten Opferanwalt, zur Wahrung ihrer Rechte im Strafprozess erhalten. Den Menschen, die Opfer einer Ausbeutung von Prostituierten und Zuhältereien geworden sind, wird die Berechtigung eingeräumt, sich dem Verfahren mit der Nebenklage anzuschließen. Der Verletzte erhält das grundsätzliche Recht auf Anwesenheit einer Person seines Vertrauens bei Vernehmungen.

Wichtig ist es auch, dass Verletzte besser über ihre Rechte und den Ablauf des Strafverfahrens informiert werden. Hierzu sollen sie über die bislang vorgesehene Unterrichtung über den Ausgang des gerichtlichen Verfahrens hinaus Mitteilungen über eine Einstellung des Verfahrens, die Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens, den Sachstand des Verfahrens und über Haft, Unterbringung, Entlassung oder Vollzugslockerungen erhalten können. Besonders für die Opfer von Gewalt- und Sexualverbrechen ist es wichtig, zu wissen, ob sich ihr Peiniger auf freiem Fuß befindet oder nicht.

Über die dargestellten Regelungen hinaus enthält der Gesetzentwurf weitere Verbesserungen zugunsten der Opfer von Straftaten, so dass mit allem Recht von einer Reform der Opferrechte gesprochen werden kann.

Reformen des Opferschutzes im Strafverfahren

Vor rund 20 Jahren haben Rechtswissenschaft und Rechtspolitik damit begonnen, dem Opfer im Rahmen des Strafverfahrens verstärkt Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wesentliche Ergebnisse dieser Entwicklung waren das Erste Gesetz zur Verbesserung der Stellung des Verletzten im Strafverfahren (Opferschutzgesetz) vom 18. Dezember 1986, das Gesetz

zum Schutz von Zeugen bei Vernehmungen im Strafverfahren und zur Verbesserung des Opferschutzes (Zeugenschutzgesetz) vom 30. April 1998 sowie das Gesetz zur strafrechtlichen Verankerung des Täter-Opfer-Ausgleichs vom 20. Dezember 1999.

Mit dieser Gesetzgebung erfolgte die Abkehr von einer Betrachtungsweise, die im Opfer

vornehmlich seine Stellung als Zeuge und damit letztlich als Beweismittel sah. Mit den Reformen wurde die Stellung des Verletzten im Strafverfahren aufgewertet und mit eigenständigen Rechten versehen. Mit dem Rahmenbeschluss der EU vom 15. März 2001 über die Stellung des Opfers im Strafverfahren wurden für die Mitgliedstaaten einheitliche Mindeststandards erzielt.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Veröffentlicht am: 05.11.2003

E-Mail: InternetPost@bundesregierung.de

Internet: <http://www.bundesregierung.de/>

Netzwerke/ Resolutionen

Presseerklärung der autonomen Frauenhäuser zur Demonstration am 24.11.03 in Berlin

Seit über 25 Jahren existieren Frauenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland. Sie gelten als unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Infrastruktur zum Schutz von Frauen und deren Kindern vor Männergewalt. Für viele Frauen ist die Flucht ins Frauenhaus die einzige Möglichkeit einer Beziehung zu entkommen, die für sie und ihre Kinder zu gefährlich ist. Trotzdem ist es bis heute nicht gelungen, eine flächendeckende, angemessene, sichere Finanzierung durchzusetzen, die den von Gewalt betroffenen Frauen nicht auch noch die Kosten bzw. die Verantwortung für die Finanzierung des Frauenhausaufenthaltes aufbürdet.

Die Finanzierung in den Bundesländern ist unterschiedlich, gemeinsam haben alle Frauenhäuser, dass sie im Rahmen des allgemeinen Sozialabbaus bundesweit um ihre Existenz fürchten müssen. In allen Ländern und Kommunen werden die Zuschüsse eingefroren, erheblich gekürzt, total gestrichen oder im Einzelfall zu Lasten der Frauenhausbewohnerinnen umgelegt.

Dies bedeutet, dass in vielen Bundesländern Frauenhäuser schließen müssen, z.B. 8 Frauenhäuser in Hessen, 1 Million Euro Kürzun-

gen an Frauenprojekten in Berlin, 30 % Kürzungen in NRW, etc... .

Aber nicht nur den Frauenhäusern drohen Kürzungen. Gleichzeitig wird die Unterstützung für vergewaltigte Frauen gestrichen. Opfer von Frauenhandel erhalten keine sichere Unterkunft mehr, die Beratung für ausstiegswillige Prostituierte wird gestrichen und die Zuflucht für Mädchen ebenso.

Der behauptete Einspareffekt ist Augenwischerei.

Die Kosten aufgrund der fehlenden Unterstützung und Begleitung von Gewaltopfern durch die Frauenprojekte werden enorm ansteigen.

Die Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser haben den Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen sowie die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes und in den verschiedenen Bundesländern die Änderung des Polizeirechts seit Anfang 2000 begleitet und aktiv unterstützt. Dies haben sie mit der Hoffnung verbunden, konkrete Verbesserungen für misshandelte Frauen zu erreichen. Das Gewaltschutzgesetz ist eine zusätzliche Säule im Kampf gegen Gewalt im häuslichen Bereich, es kann aber das Angebot der Frauenhäuser nicht ersetzen. Die unterschiedliche Lebens- und Gefährdungssituation der von Gewalt betroffenen Frauen macht verschiedene Angebote notwendig.

Statt einer Verbesserung des Hilfesystems werden die Mittel für bestehende Hilfsangebote für Frauen bis zur Existenzgefährdung gekürzt.

Wir fordern die Landesregierungen und Kommunen deshalb dringend auf, die beschlossenen Kürzungen zurückzunehmen und statt dessen die Frauenhäuser angemessen zu finanzieren.

Die Bundesregierung fordern wir auf, dieses Ansinnen zu unterstützen, damit die neue Gesetzgebung und der Aktionsplan tatsächlich umgesetzt werden können.

Zentrale Informationsstelle für Autonome Frauenhäuser

Brinzingerweg 34 / 1, 73732 Esslingen, Tel. + Fax 0711 / 370 02 60

E-mail info@zif-frauen.de

**Schwul- Lesbische Arbeit in Brandenburg
2004 vor dem Aus!**

Der Entwurf der Landesregierung für das Haushaltsgesetz 2004 im Land Brandenburg sieht keine Fördermittel für die schwullesbische Arbeit mehr vor. Nach den enttäuschenden Kürzungen der Fördermittel in den letzten Jahren - der Höhepunkt wurde 2003 mit der Streichung der Gelder für die CSD-Tour erreicht - ist dies der dramatischste Angriff auf die Arbeit lesbisch-schwuler Vereine und Gruppen in Brandenburg zur Aufklärung über gleichgeschlechtliche Lebensweisen und zum Abbau von Diskriminierungen gegenüber Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen. Waren für 2000 und 2001 noch jeweils 200.000 DM pro Jahr eingeplant, wurden die Fördermittel in 2003 auf nur noch 66.000 Euro (= ca. 129.000 DM) reduziert. Dies stellte bereits eine enorme Einschränkung der Handlungsfähigkeit lesbisch-schwuler Projekte dar. Die jetzt von der Landesregierung geplante Streichung aller Fördermittel bedeutet das Aus für diese Projekte, insbesondere für die von AndersARTiG getragene Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule Belange. Der Auftrag der modernen Brandenburger Landesverfassung, Diskriminierung aufgrund sexueller Identität zu verhindern, wäre damit nur noch Makulatur.

Die Autorinnen des Haushaltsgesetzes 2004 haben sich offenbar nicht von der Tatsache leiten lassen, dass der Verband AndersARTiG seit Jahren öffentliche Aufgaben in Brandenburg wahrnimmt. Zu dieser Arbeit gehören unter anderem Fort- und Weiterbildungen von Mitarbeiterinnen in den öffentlichen Verwaltungen, Ausbildung von Praktikantinnen und Praktikanten aus dem sozialpädagogischen Bereich sowie aus Schulen, Aufklärungsprojekte in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen und Beratung von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen und ihren Angehörigen in schwierigen Lebenslagen. Die Auseinandersetzung zum Thema Homosexualität in den letzten

Wochen- auch in Brandenburg- belegen den dringenden Aufklärungsbedarf. Ohne Fördermittel ist diese Arbeit nicht mehr durchführbar. Ganz zu schweigen von solchen Projekten, wie dem Brandenburger Christopher-Street- Day, der in Form einer Tour durch den ländlichen Raum breites öffentliches Interesse erfuhr, oder dem LesBiSchwulen Magazin "so

natural". Diese Projekte sind aber unverzichtbar, wenn die auch von der Landesregierung angestrebten Ziele, wie Vernetzung, Aufbau von Strukturen, Antidiskriminierung und Gewaltprävention, erreicht werden sollen.

Damit würde Brandenburg seinen eigenen, für andere Bundesländer beispielhaften, Verfassungsanspruch zu Grabe tragen. Wir fordern deshalb die Abgeordneten des Landtags auf, die von der Landesregierung geplanten Streichungen zu verhindern und weiterhin lesbischwule Projektarbeit in Brandenburg zu ermöglichen.

Kontakt AndersARTiG-LesBiSchwules Aktionsbündnis Land Brandenburg e. V.

Lindenstrasse 44a , 14467 Potsdam

Tel.: 0331- 2019888, Fax: 0331-2019797

E-Mail: mail@andersartig.info

NACHRICHTEN

Sophia-Net: Informationen für ältere Frauen

zwd Berlin (sop) – Mit einem von der Europäischen Kommission geförderten Projekt sollen Probleme und Bedürfnisse älterer Frauen stärker ins Bewusstsein gerückt werden. Sophia-Net heißt das dreisprachige (deutsch/englisch/französisch) Webangebot, das unter anderem Initiativen vorstellt, die die Chancengleichheit von älteren Frauen, aber auch deren Angehörige, VertreterInnen von Einrichtungen und Verbänden, WissenschaftlerInnen sowie PolitikerInnen.

Zwischen Juli 1999 und Juni 2000 wurden in Deutschland, Frankreich und Österreich Informationen aus Politik, Wissenschaft und Praxis gesammelt, aufbereitet und im Internet ebenso wie auch als Buchveröffentlichung einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Interessierte können sich über Literatur und wissenschaftliche Studien zur Situation über 50-jähriger Frauen ebenso informieren wie über Programme, deren Anliegen die Chancengleichheit von älteren Frauen ist. Die Übersichten werden jeweils verlinkt zu einer ausführlichen Darstellung mit Kontaktadressen, Inhalten, Rahmenbedingungen und organisatorischem Hintergrund. In der Suche kann gezielt nach bereits tätigen Initia-

tiven, Studien und Literatur recherchiert werden.

www.sophia-net.org

„Frauen profitieren überdurchschnittlich von der Arbeitsförderung“

(fpd) „Frauen profitieren überdurchschnittlich von der Arbeitsförderung“, gab die Bundesanstalt für Arbeit (BA) in Nürnberg bekannt. Wörtlich teilte sie mit: „43,6 % der Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zwischen Juli 2002 und Juni 2003 waren Frauen. Damit wurde die gesetzlich festgelegte Zielförderquote von 41,3 % deutlich überschritten. Besonders häufig finden Frauen mit Hilfe von Eingliederungszuschüssen wieder einen Arbeitsplatz. 80,7 % der so geförderten Frauen waren ein halbes Jahr nach der Arbeitsaufnahme nicht mehr arbeitslos. Berufliche Qualifizierung verbessert vor allem in Westdeutschland die Chancen auf den beruflichen Wiedereinstieg.

68,4 % der Absolventinnen von Weiterbildungsmaßnahmen waren ein halbes Jahr später nicht mehr arbeitslos (neue Länder: 47,3 %). Der Anteil der Frauen in beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen der BA betrug im Juli 2003 52 %. Fast jede Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit heraus wird von Frauen verwirklicht (30 %). Frauen nutzen dabei besonders häufig die Möglichkeit, mit Hilfe des Existenzgründungszuschusses eine ‚Ich-AG‘ zu gründen (40 %).“

Hartz-Reform des Arbeitsmarktes hat die Frauen nicht im Blick“

(fpd) Das Hartz-Reformwerk hat nach Ansicht der nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden der CDU-Frauen-Union, Regina von Dinther, „die Frauen nicht im Blick“. Eindeutige Verliererinnen der Arbeitsmarktreform seien die Berufsrückkehrerinnen, sagte sie. Frauen, die nach der Familienphase einen Orientierungskurs besuchen, eine Anpassungsqualifikation erwerben oder einen Bildungsgutschein haben wollten, würden meist nicht berücksichtigt. Auch würden Langzeit-Ausbildungsgänge mit Berufsabschlüssen Frauen „so gut wie gar nicht mehr angeboten“. Durch „Hartz III und IV“, so die FU-Politikerin, würden „schätzungsweise

200.000 Frauen aus dem Bezug der Arbeitslosenhilfe herausfallen.“

Girls' Day - Neue Impulse für das Jahr 2004

Berlin, 21.11.2003. Die Vorbereitungen für den Mädchen-Zukunftstag am 22. April 2004 laufen auf Hochtouren. Im Jahre 2001 wurde der Girls' Day ins Leben gerufen, um Schülerinnen der Klassen 5 bis 10 neugierig auf technische und naturwissenschaftliche Berufe zu machen, da Mädchen im Prozess der Berufsorientierung diese Berufe nur selten in Betracht ziehen. In diesem Jahr haben knapp 4.000 Unternehmen, Betriebe, Hochschulen und Forschungszentren sowie Behörden rund 100.000 Mädchen und jungen Frauen ihre Türen geöffnet, um ihnen durch vielfältige Veranstaltungen Einblicke in die Arbeitswelt zu geben und die Kontaktaufnahme zu Praktikums- und Personalverantwortlichen zu ermöglichen.

Damit der Girls' Day in 2004 noch erfolgreicher wird, fand an diesem Freitag die Fachtagung "Girls Day - Erfahrungen und Perspektiven" im Haus der Deutschen Wirtschaft statt. Die Veranstaltung richtete sich an alle Beteiligten des Girls' Day, um die Erfahrungen der letzten Jahre zu bündeln, gute Einzelfallbeispiele zu präsentieren, eine Zwischenbilanz zu ziehen, und damit neue Anregungen zur Gestaltung des Girls' Days 2004 zu geben. Mit diesem Aktionstag werden die vielfach schulisch gut qualifizierten Mädchen und jungen Frauen gezielt angesprochen. Die Unternehmen können den Girls' Day nutzen, um potenziellen Nachwuchs auf sich aufmerksam zu machen und kennen zu lernen. Dies ist angesichts eines mittelfristig drohenden Nachwuchsmangels gerade in technischen und naturwissenschaftlichen Berufen eine dringende Notwendigkeit. Die Aktionspartner des Girls' Day sind neben den vier Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die Initiative D21, der DGB sowie die Bundesanstalt für Arbeit. Koordiniert wird der Mädchen Zukunftstag vom Kompetenzzentrum Frauen in Informationsgesellschaft und Technologie.

Studie zum Girls' Day 2002

zwd Berlin (jko) – Girls' Day 2002: Knapp ein Viertel der Teilnehmerinnen wollten nach dem bundesweiten Orientierungstag am 8. Mai in einer Branche arbeiten, in der Frauen bisher unterrepräsentiert sind. Die Hälfte der Teilnehmenden entdeckten für sich Berufe, die sie noch gar nicht kannten, bei den anderen verfestigte sich ein bestehender Berufswunsch. Das ist eines der Ergebnisse einer Studie zum Girls' Day 2002, die von Verein „Frauen geben Technik neue Impulse“ veröffentlicht worden ist. Hierzu wurden Mädchen, Organisationen und LehrerInnen nach ihren Erfahrungen befragt. Die Antworten der Mädchen waren überwiegend positiv: 86 Prozent zeigten sich mit dem Tag zufrieden bis sehr zufrieden. Fast 40 Prozent der Teilnehmerinnen hatten anschließend Interesse geäußert, bei dem Betrieb ein Praktikum oder eine Ausbildung zu beginnen. Aktionen zum Mitmachen, Besichtigungen und die Arbeit mit einem Computer kamen am besten an.

Opfer von Frauenhandel sollen besser geschützt werden

zwd Berlin (aj) – Der Frauenhandel soll in Berlin effizienter bekämpft werden. Dazu haben die Berliner Beratungsstellen für Opfer von Frauenhandel und die Berliner Polizei eine Kooperationsvereinbarung getroffen, die am 4. April im Berliner Rathaus vorgestellt worden ist. Danach verpflichtet sich die Polizei, Opfer von Frauenhandel sofort an die Beratungsstellen weiter zu vermitteln, wo sie psychologisch betreut und über ihre Rechte informiert werden. Die Senatsverwaltung für Frauen hat diese Vereinbarung mit auf den Weg gebracht. Frauensenator Harald Wolf (PDS) will „damit auch ein politisches Signal setzen, dass der Senat diese besonders menschenverachtende Form der organisierten Kriminalität mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen will.“ Die Kooperationsvereinbarung institutionalisiert, was schon seit rund fünf Jahren in vielen Fällen erfolgreich praktiziert wurde. Nun ist die Zusammenarbeit verbindlich, zumindest für ein Jahr, so Nevida Prasad von der Beratungsstelle Ban Ying. Dann wird die Kooperation ausgewertet und überprüft.

www.ban-ying.de

Lesben in der Kirche

zwd Berlin - Mehrere lesbische Netzwerke haben sich im Umfeld der Kirche etabliert. Eines davon ist *linet-c*, das Internetzwerk für christliche Lesben. *linet-c* richtet sich an Frauen aller Konfessionen, ist also ökumenisch. Unter dem Menüpunkt *anmelden?wer?warum?* steht, was dieses Portal zu bieten hat, allerdings nur für registrierte UserInnen. Sie haben Zugang zu aktuellen Neuigkeiten, Literaturtipps, Themen-Specials und coming-out-perlen.

Die Devise von *linet-c* heißt Mitmachen, zum Beispiel im Diskussionsforum.

www.linet-c.de

Weitere Lesben-Netzwerke

- Lesben und Kirche (luk):
<http://stadt.gay-web.de/luk>
- Netzwerk Katholischer Lesben (NkaL): www.netzwerk-katholischer-lesben.de
- Labrystheia: www.labrystheia.de

‘In Bingöl gelten Eure Gesetze nicht’

Die Legislative in der Türkei im Rahmen der EU-Anpassung ist offenbar wesentlich menschenfreundlicher als die Exekutive.

Frauen haben in diesem Jahr eine fast sokratische Initiative zur gewaltfreien Verständigung zwischen den unterschiedlichen Bestrebungen in diesem Vielvölkerstaat begonnen. Sie haben mit dem bewährten Symbol der ‚runden Tische‘ in der gesamten Türkei zum Dialog aufgerufen. In Bingöl (Osttürkei) waren am 7. November 2003 eine von – Cenî – organisierte sechsköpfige Frauendelegation aus Deutschland unterstützend und beobachtend anwesend bei dem 1. Strafprozess gegen 125 Frauen.

Während in vielen anderen Städten der Türkei Kundgebungen und Gespräche im Rahmen des ‚Runden Tisches‘ geduldet wurden, kam es am 16. Juni 2003 in Bingöl, einer abgelegenen Gebirgsstadt im Südosten der Türkei, schon im Vorfeld der Veranstaltung zu massiver Gewalt gegen 125 Frauen. 39 Initiativen, Parteien, Gewerkschaften, Menschenrechtsvereine und Frauenorganisationen beteiligten sich an dem mutigen Aufruf an alle Bevölkerungsschichten zum Dialog.

In Bingöl überwältigte eine polizeiliche Ü-

bermacht die 125 Frauen und einige solidarische Männer mit brutaler Gewalt, nahm sie fest und transportierte die teilweise Verwundeten nach 16 Stunden unter unwürdigen Bedingungen aus der Stadt.

Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft beinhaltet offenbar den politischen Hintergrund der Machterhaltung traditioneller, patriarchaler Strukturen einerseits und der Niederhaltung verbreiteter oppositioneller, politischer Strömungen gegen den Krieg und Willkür andererseits.

In Deutschland müssen wir uns fragen, inwiefern wir durch unsere Geschichte mit der Türkei, Waffenlieferungen und wirtschaftlichen Interessen diese Kriegsähnlichen Zustände mit zu verantworten haben.

Nach 10 stündigem Andauern des Prozesses, wurde er auf den 23. Januar vertagt. Die bei der 1. Gerichtsverhandlung anwesenden Anwältinnen und 2 Anwälte, äußerten das sie einen Freispruch erwarten würden.

Wie wirkt sich das Geschlecht auf die Gesundheit aus?

Neu-Isenburg (Smi). Die gemeinsame medizinische Fakultät der Berliner Universitäten hat angekündigt, das erste deutsche Zentrum für Geschlechterforschung in der Medizin zu gründen.

In dem neuen Zentrum sollen die biologischen Grundlagen von Gesundheit und Krankheit, die Auswirkung von Geschlechterunterschieden auf Krankheitsentstehung und Verlauf sowie ihre Rolle in der Krankenversorgung untersucht werden.

Darüber hinaus, so teilt das Universitätsklinikum Benjamin Franklin mit, seien medizinsoziologische Aspekte wie die unterschiedliche Wahrnehmung von Gesundheit und Krankheit von und bei Frauen und Männern, die geschlechtsspezifische Aspekte in der Reproduktionsmedizin und der regenerativen Medizin wichtige Themen der Geschlechterforschung

Ärzte Zeitung, 17.10.2003

www.attac-netzwerk.de

Brandenburg: Frauenhäuser vorerst verschont

zwd Potsdam (sop) – Brandenburgs Frauen-

häuser können aufatmen, die sind dem Rotstift der Landesregierung gerade noch einmal von der Schippe gesprungen. Am 10. April wurde im Potsdamer Landtag der Nachtragshaushalt 2003 geschlossen. Die geplanten Streichungen bei Brandenburgs Frauenhäusern werden nun in einem anderen Kapitel des Nachtragshaushaltes eingespart. Der Frauenpolitische Rat „begrüßt diese Entwicklung ausdrücklich“, zeigt sich aber weiterhin besorgt über die frauenpolitische Zukunft des Landes – schließlich wurden alle anderen geplanten Kürzungen in der Frauenförderung vom Parlament beschlossen. Von diesen Streichungen besonders betroffen sind nach Angaben des Verbandes die Frauenzentren: 18 Frauenzentren zähle das Bundesland mit 13 halben Stellen, die mit jeweils 15.901 Euro gefördert werden. Im Nachtragshaushalt wurde festgelegt, die Landesförderung der Frauenzentren am 30. Juni 2003 auslaufen zu lassen. Die Einsparungen hieraus beziffern sich für dieses Jahr auf insgesamt 206.700 Euro. 250 Arbeitsplätze, vermutet der Frauenrat, gehen dabei verloren, pro Stelle ein Netto-Durchschnittsverdienst von monatlich etwa 1.300 Euro. Den Einsparungen stünden demnach letztlich Kosten in Höhe von jährlich 4 Millionen Euro entgegen, die entweder vom Arbeitsamt oder mittelfristig vom Sozialamt gezahlt werden müssten.

Als „deutlichen Rollback“ in der Entwicklung der Gleichstellung von Frauen und Männern hat Cornelia Schuster, Geschäftsführerin des Frauenpolitischen Rates Brandenburg, die Entwicklungen der vergangenen Monate aus frauenpolitischer Sicht bezeichnet – und weist auf die hiesige Landesverfassung, in der die Gleichstellung von Frauen und Männern verankert ist.

www.frauenrat-brandenburg.de

Frauen geben Technik neue Impulse e.V.

führt von 2002 - 2004 im Rahmen des Bundesausbildungsprojektes *idee_it* eine dreijährige wissenschaftliche Begleitforschung durch, in der das Berufswahlverhalten, der Ausbildungsverlauf sowie der Übergang in den Beruf näher untersucht werden. Hintergrund ist, Ursachen der geringen Beteiligung von Frauen in den IT -Berufen aufzudecken, die Erfahrungen junger Frauen und Männer in

der Ausbildung zu eruieren sowie die Berufschancen nach der Ausbildung zu ermitteln. Ziel der Erhebung ist die Optimierung der Ausbildung. Die Ergebnisse der ersten Befragungsrunde 2002 stehen als Studie zum Download unter <http://www.ideo-it.de/partner/begleitforschung.html> bereit.

Am 1. November 2003 beginnt die zweite Erhebungsphase. Wenn Sie in einem der Berufe Informatikkauffrau/mann, Fachinformatiker/in, IT -System-Kauffrau/mann oder IT -System-Elektroniker/in ausbilden und Interesse haben, sich an der Begleitforschung zu beteiligen, kontaktieren Sie info@ideo-it.de. In Train-the-Trainer-Workshops können die Ausbilder/innen der teilnehmenden Unternehmen nach der Auswertung die Befragungsergebnisse diskutieren und Handlungskonzepte für die Umsetzung der Erkenntnisse erarbeiten. Unter den teilnehmenden Azubis werden auch in diesem Jahr drei Preise verlost.

Weitere Informationen unter: <http://www.ideo-it.de/partner/trainthetrainer.html>

Roberta, - Mädchen erobern Roboter

Das Projekt Roberta soll bei Mädchen und Frauen Interesse für Informatik und Naturwissenschaften wecken und Verständnis für technische Systeme fördern.

Dafür werden Roboterkurse als Teil des Bildungsangebots etabliert, die auch Mädchen ansprechen. Jetzt gibt es eine erste vorläufige Auswertung von gut 100 Fragebögen. Diese zeigt eine signifikante Veränderung im Selbstkonzept der Kursteilnehmerinnen, die so nach den Kurzkursen nicht erwartet wurde: Die Mädchen glauben bereits nach einem zweistündigen Schnupperkurs eher, dass sie, wenn sie wollen, Computerexpertinnen werden könnten.

<http://www.ais.fraunhofer.de/ROCK/roberta/>

GEW-Gender-Report 2003

Der GEW-Gender-Report 2003 bietet aktuelle Daten zur Entwicklung in Bildung und Wissenschaft: Er ist als notwendige Genderanalyse für die Bildungs- und Gesellschaftspolitik gedacht und soll als Arbeitsgrundlage sowohl für GEW-Gremien auf Bundes- und Länderebene dienen als auch allen in der Gleichstellungspolitik engagierten Politiker/innen, Leh-

renden und Lernenden nützliche Daten für Argumentationen liefern.
<http://www.gew.de/wissen/wissenspool/genderreport/genderreport2003.htm>

Frauen außen vor - Top-Gehälter nur für Bosse

Nach wie vor seltener in Führungsetagen deutscher Unternehmen zu sehen, ; verdienen Frauen nach wie vor auch deutlich weniger. Während Geschäftsführer in Deutschland durchschnittlich 233.000 Euro im Jahr verdienen, tragen ihre weiblichen Kollegen zirka 30 Prozent weniger nach Hause. Die Gehaltsspanne bei den Top-Managern ist außerordentlich groß: Sie reicht von weniger als 50.000 Euro bis über eine Million Euro Jahresgesamtgehalt. Dabei übt die Unternehmensgröße den stärksten Einfluss auf die Gehaltshöhe aus. Dies sind Ergebnisse der Studie "Vergütung Geschäftsführer 2003" der Kienbaum Management Consultants GmbH.
<http://www.kienbaum.de/cms/de/shoD/aerma>
nv

Neun von zehn Teilzeitkräften sind Frauen

Neun von zehn Teilzeitbeschäftigten in Deutschland sind Frauen, das teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Im Frühjahr 2002 waren von den 6,9 Millionen Teilzeitjobs im Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis sechs Millionen mit Frauen besetzt. Dies entspricht einem Anteil von 86 Prozent. Insgesamt war jede fünfte Stelle (21 Prozent) auf dem deutschen Arbeitsmarkt außerhalb der Selbstständigkeit eine Teilzeitstelle. Dabei arbeiteten 40 Prozent aller Frauen nicht voll, aber nur fünf Prozent aller Männer. Mehr Informationen zum Mikrozensus 2002 bei <mailto:mikrozensus@destatis.de>

Saure Gurke für das "heute journal"

Die "Saure Gurke" für einen frauenfeindlichen journalistischen Beitrag geht in diesem Jahr nach Mainz: Die Medienfrauen verliehen den Preis an das "heute journal". In einem Beitrag sei versucht worden, Millionen Frauen Lust auf Hormone in den Wechseljahren zu machen. Die Frauen aus ARD und ZDF verliehen den Preis an die Ausgabe der ZDF-Nachrichtensendung vom 8. September 2003. In dem Beitrag von Karin Catal seien die

Wechseljahre als schwere Krankheit dargestellt worden, sagte Redakteurin Brigitte Reimer vom Bayerischen Rundfunk zur Begründung der Preisverleihung: Schlaflose Frauen traktierten ihre Familien mit schlechter Laune, seien nicht arbeitsfähig, manchmal sogar lebensunfähig.

Obwohl Studien zur Hormonersatztherapie vor Risiken warnten, habe das "heute journal" männliche Experten zitiert, die es angeblich besser wussten. In der von Marietta Siomka moderierten Sendung seien Frauen falsch informiert worden, sagte Reimer.

Die "Tatort"-Krimis "Zartbitterschokolade" aus Berlin und "Wenn Frauen Austern essen" aus München gingen leer aus, auch wenn beide Produktionen nach Auffassung der zehnköpfigen Jury sexuelle Belästigung als perfide Waffe der Frauen im Geschlechterkampf darstellen.

Der Wanderpreis "Saure Gurke" wird seit 1980 jährlich auf dem Treffen der Medienfrauen von ARD und ZDF verliehen. Rund 300 Frauen kamen in diesem Jahr in Hamburg zusammen.

Droht eine Verweiblichung des Schulbetriebes? - Keine Chance für männliche Rollenvorbilder?

- Ein Artikel zur Kennzeichnung gegenwärtiger Tendenzen -

Hamburg (rpo). Feminisiert sich der deutsche Schulbetrieb?

Etliche Kultusminister beklagen den hohen Anteil weiblicher Lehrkräfte an deutschen Schulen. Das habe negative Auswirkungen auf die Jungen. Einige fordern nun gar eine Männerquote. Jungen hätten es sehr viel schwerer, die Lernanforderungen zu erfüllen, "weil sich der Schulbetrieb feminisiert hat", sagte der niedersächsische Schulminister Bernd Busemann der "Bild am Sonntag". Nach den Worten des CDU-Politikers beträgt der Anteil von Lehrerinnen mittlerweile 70 bis 80 Prozent. Dies führe dazu, dass Jungen keine Chance hätten, "sich an männlichen Rollenvorbildern zu orientieren".

Auch die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan bezeichnete die Verweiblichung des Bildungsbetriebs als Problem. Dies schade den Jungen, weil sie es zu Hause mit der Mutter und in der Schule mit

mit der Lehrerin zu tun hätten. "Das wirkt sich negativ auf die Motivation der Jungen aus", zitierte das Blatt die CDU-Politikerin. Busemann und Schavan forderten deshalb dringend eine Anhebung des Männeranteils an den Schulen. "Am besten wäre eine Männerquote", sagte Busemann.

Schavan regte an, dass an den Grundschulen mindestens 30 Prozent der Lehrkräfte männlich sein sollten. Ebenfalls in "Bild am Sonntag" verlangte die hessische Kultusministerin Karin Wolff (CDU) sogar einen 50-prozentigen Anteil männlicher Kräfte im Erzieherberuf und an den Grundschulen. Sie führte die schlechten Ergebnisse der Pisa-Studie unter anderem darauf zurück, dass die Jungen wegen des unausgewogenen Verhältnisses von weiblichen und männlichen Lehrkräften "in der Schulbildung dramatisch hinter die Mädchen zurückfallen".

www.rp-online.de

Preis für Aktive Frauenförderung

Frankfurt/M. Die „Ada Lovelace's Urenkelinnen Initiative“ vom Fachgebiet für Grafische Datenverarbeitung der Uni Hannover bekommt am Donnerstag den 27. November 2003 den Preis für Aktive Frauenförderung. Das Preisgeld beträgt 5000 Euro.

Die Initiative des Instituts für Angewandte Systeme unter der Leitung von Prof. Franz-Erich Wolter und Dipl.-Übers. Tanja Rayle hat die Erhöhung der Studentinnenanzahl in Informatik-Studiengängen zum Ziel.

Um die zu erreichen, besuchen Studentinnen der Universität Hannover Gymnasien in der Stadt sowie der Region Hannover und halten Vorträge über das Studium der Informatik. Darüber hinaus werden Schülerinnen an die Universität Hannover eingeladen und führen unter individueller Betreuung durch Studentinnen Projekte durch. Nach einem erfolgreichen Informatik-Einführungs-Workshop werden nun regelmäßig stattfindende Informatik-Arbeitsgemeinschaften für Schülerinnen angeboten. Die Aktivitäten der Projekte sind im Internet unter:

www.gdv.uni-hannover.de/schools/lovelace zu finden.

Den zweiten Preis (der bereits zum zweiten Mal vergeben wird) erhält das VINGS-Projekt (Virtual International Gender Studies) der

Ruhr-Universität Bochum, der FernUniversität Hagen und der Universität Bielefeld.

Der Preis für Aktive Frauenförderung wird für Projekte oder Leistungen auf dem Gebiet der Gleichstellungsarbeit und Frauenforschung vergeben. Ziel des Preises ist die Auszeichnung von Projekten und Initiativen in diesem Gebiet zu stärken. Voraussetzung für die Bewerbung waren Einschlägigkeit und Aktualität des Projekts und seine Verankerung an der Universität Hannover.

(wt-bp)

LITERATUR

Die Diskriminierung der Matriarchatsforschung

Eine moderne Hexenjagd

Herausgegeben von der AutorInnengemeinschaft Claudia von Werlhof (Österreich), Christa Mulack (Deutschland), Carola Meier-Seethaler (Deutschland/Schweiz), Heide Göttner-Abendroth (Deutschland), Charlene Spretnak (USA), Joan Marler (USA), Kurt Derungs (Schweiz).

edition amalia, Bern 2003

In diesem Buch kommen erstmals bekannte Autor/innen aus der modernen Matriarchatsforschung, der Politologie, Soziologie, Archäologie und Theologie mit ihren Beiträgen auf internationaler Ebene zusammen. Sie benennen die Einwände, die gegen diese neue Forschung über matrizenrische und matriachale Gesellschaften erhoben werden, und analysieren sie kritisch. Dabei wird sichtbar, dass die "Argumente" der Gegnerschaft höchst unwissenschaftlich vorgetragen werden und inhaltlich keine Substanz haben. Deutlich erkennbar geht es den Gegnerinnen und Gegnern nicht um eine sachliche Diskussion, sondern um Abwertung, Diffamierung und Denunziation des neuen Wissensgebietes. Sie dienen damit mehr oder weniger direkt dem patriarchalen System zu, das jedes Hinterfragen seiner Grundsätze verhindert und die Matriarchatsforschung diskriminiert. Außerdem werden die Methoden aufgezeigt, wie eine Atmosphäre von Hass, Zynismus und Gewaltbereitschaft gegen die Matriarchatsforscher/innen erzeugt wird. Die persönlichen

Angriffe und verleumderischen Umtriebe enthalten Muster einer modernen Hexenjagd. Das Buch versteht sich als die längst fällige, gesellschaftskritische Aufklärung dieser allgemeinen Vorgänge.

Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag.

Berufswahlorientierung aus Sicht von Mädchen, Schulen und Betrieben/Institutionen: Evaluation 2002 Frauen geben Technik neue Impulse (Hrsg.), Wilhelm Bertelsmann Verlag, Bielefeld.

Der Zäheste Fisch, seit es Fahrräder gibt.

Ein Plädoyer für autonome Frauenräume
Marie Sichtermann, Ulrike Helmer-Verlag, Königstein/Taunus 2003

In diesem Buch sind Vorträge von Marie Sichtermann aus 12 Jahren zusammengestellt, die sie zumeist in Frauenprojekten oder zu frauenpolitischen Anlässen gehalten hat. Es dokumentiert ein Stück Frauenbewegungsgeschichte, indem Marie Sichtermann (oft auf Nachfrage) Stellung bezog zu jeweils aktuellen Fragen und Diskussionen.

Schnitt in die Seele. Weibliche Genitalverstümmelung – eine fundamentale Menschenrechtsverletzung.

Hrg.von terre des femmes
Mabuse-Verlag, Frankfurt

TERMINE

Schattenberichte zur Frauenrechtskonvention - offizielle Übergabe an die deutsche Bundesregierung

15. Dezember 2003, 18.00 - 22.00h, in Berlin

Die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) verpflichtet die Vertragsstaaten, alle hierzu geeigneten Massnahmen zu ergreifen und dieses Ziel nachhaltig zu verfolgen. In regelmässigen Abständen werden ihre Regierungen dazu aufgefordert, in Form von Berichten Rechenschaft über die von ihnen ergriffenen Massnahmen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau abzulegen.

Kritische Kommentare und Forderungen - sogenannte Schattenberichte- bundesdeutscher Nichtregierungsorganisationen (NRO-

(NROen) zum 5. Bericht der Bundesregierung Deutschland zu CEDAW wurden der zuständigen UN-Kommission am 21. Juli 2003 in New York übergeben. Zu der offiziellen Übergabe einer Sammlung dieser Schattenberichte an die deutsche Bundesregierung laden AGISRA und Terre des Femmes in Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung ein.

Programm:

Moderation: Frauke Seidensticker, stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Berlin (DIMR)

Grussworte der Parlamentarischen Staatssekretärin Christel Riemann-Hanewinkel, Bundesfrauenministerium

Einführung: Dr. Hanna Beate Schoepp-Schilling, unabhängige Expertin, Mitglied des UN-CEDAW Ausschusses

Übergabe der Schattenberichte an die Parlamentarische Staatssekretärin Christel Riemann-Hanewinkel (BMFSFJ)

Bericht von der Übergabe der Schattenberichte an den CEDAW-Ausschuss der UN, Marion Boeker, KOK e.V.

Vorstellung einzelner Themenschwerpunkte der Schattenberichte durch die Herausgeberinnen

Veranstaltungsort:

Galerie der Heinrich-Boell-Stiftung, Hackesche Hoefe, VH, Aufgang 1, 5.OG Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin

Kontakt: Klaus Pech, Heinrich-Böllstiftung, Fon 030-285 34-205 oder Email pech@boell.de

„Gender Mainstreaming aus feministischer Perspektive“

26.01.–28.01.04 im Frauenlandhaus Charlottenberg

Gender Mainstreaming(GM) hat als Konzept der Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit Einzug in Organisationsentwicklungsprozesse, EU-Richtlinien, Konzepte etc. gehalten. Aus frauenpolitischer Perspektive wird diese Entwicklung mit Skepsis beobachtet. Es wird befürchtet, dass im Namen des GM frauenpolitische Errungenschaften wie Frauenprojekte, Frauenförderrichtlinien etc. aufgehoben werden. Diese Befürchtung erweist sich in der derzeitigen politischen Praxis als berechtigt, doch diese Anwendung von

GM ist der Missbrauch eines durchaus frauenpolitisch relevanten Konzeptes.

Tatsächlich steht das Konzept GM in der Tradition der Weltfrauenkonferenzen und wurde 1995 in Peking als richtungsweisendes Leitbild zeitgemäßer Frauenpolitik verabschiedet. 1999 hielt es über den Amsterdamer Vertrag von Maastricht Einzug in die EU-Richtlinien und in staatliche Institutionen. Von daher ist es unseres Erachtens an der Zeit, sich von Seiten frauenpolitisch engagierter Frauen (in Deutschland) aktiv in die Gestaltungsprozesse politischer Demokratie bezogen auf die Geschlechter einzumischen.

An dieser Tagung wird es darum gehen, über das Konzept GM zu informieren, Missbrauchsargumente zu widerlegen, Gender-Kompetenz aus Frauenperspektive zu entwickeln, für Geschlechtergerechtigkeit zu sensibilisieren, Handlungsorientierung zubieten und politische Strategien der Einmischung zu entwickeln.

Aus dem Programm:

Vortrag Barbara Stiegler: „Gender-Mainstreaming und autonome Frauenbildungsarbeit“

Vortrag Raffaella Schmakowski und Uschi Madeiski: „Gesellschaft in Balance“, Bericht vom Weltkongress für Matriarchatsforschung, Luxemburg 2003", Dokumentarfilm von Uschi Madeisky

Vortrag von Monika Börding: " Kann Gender Mainstreaming ein Instrument für die gesetzliche Umsetzung feministischer Politik sein?"

Diverse Workshops und Arbeitsgruppen zum Thema

Anmeldung bis 15.12.2003 an das:

Frauenlandhaus Charlottenberg

Holzappelerstr. 3

56379 Charlottenberg

Telefon: 06439-7531

Fax: 06439-909873

mail@frauenlandhaus.d

www.frauenlandhaus.de

Wiese mit Platz zum Zelten, Zeit und Raum für Begegnungen, Spaß..., berollbare Infrastruktur.

Aktuelle Infos unter:

www.frauenmusikfesival.de

Internationales Frauenmusikfestival e. V.,
Aspelgasse 6, D-55481 Kludenbach

Tel/Fax.:06763 / 96 03 23

Email: info@frauenmusikfesival.de

Gender Mainstreaming erfolgreich umsetzen?

30.1.2004 in München

Welche Erfolge, welche Rückschläge sind feststellbar?

Welche weiteren Regelungen sind notwendig?

Vortrag von Zita Küng, Equality - Agentur für Gender Mainstreaming, Zürich

Im kofra, Baaderstr. 30, 80469 München

Tel: 0892010450

Email: kofra-muenchen@t-online.de

8. Interkulturelles Frauenmusikfesival im Hunsrück

23. – 25. Juli 2004

Auftritte von internationalen Musikerinnen, großes Veranstaltungszelt, Kunsthandwerk und Essensstände auf idyllisch gelegener

BISHERIGE SCHWERPUNKTE ab 1990:

Nr. 45/90 Frauen in der Architektur und Planung. **Nr. 46/90** Instrument Frau - die politischen Machtverhältnisse um den §218. **Nr.47/90** Weg mit dem §218. **Nr.48/90** Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. **Nr. 49/90** Frauenforschung und Feminismus. **Nr. 50/91** Feministische Mädchenpolitik . **Nr.51/91** Rassismus von Frauen. **Nr.52/91** Autonomie. **Nr.53/91** Prostitution als Beruf **Nr.54/91** Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung - Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung. **Nr. 55/91** Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. **Nr. 56/92** Glück in Frauenprojekten? **Nr. 57/92** Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. **Nr. 58/92** Gewalt hat ein Geschlecht. **Nr. 59/92** Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, **Nr.60/92** Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, **Nr. 61/92** Entpolitisierung durch Identitätspolitik? **Nr.62/93** Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? **Nr. 63/93** Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, **Nr. 64/93** Gynäkologie unter feministischen Aspekten, **Nr. 65/93** Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, **Nr. 66/93** Frauenstreik, **Nr.67/94** Zur Kopftuchdiskussion, **Nr. 68/94** Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und anti-rassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, **Nr. 69/94** Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben. **Nr. 70/94** Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, **Nr. 71/95** Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? **Nr. 72/95** Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körper-Behinderungen. **Nr. 73/95** Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, **Nr. 74/95** Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, **Nr. 75/95** Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. **Nr. 76/95** Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, **Nr. 77/96** "Männer kriegt den

Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. **Nr. 78/96**, 13 Jahre autonome Projektarbeit. **Nr. 79/96** Eigenständige berufliche Existenz. **Nr. 80/96** Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. **Nr. 81/96** Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. **Nr. 82/97** Kindesmißhandlungen im Internet/Männergewalt macht keine Männer. **Nr. 83/84/97** Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, **Nr. 85/86/98** Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, **Nr. 87/98** Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. **Nr. 88/99** Männer gegen Männergewalt - Auf der Suche nach einer pro-feministischen Männerbewegung, **Nr. 89/99** Gewalt gegen Frauen im Krieg, **Nr. 90/99** Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne, **Nr. 91/00** Zur Therapie von Sexualstraftätern, **Nr. 92/00** Frauen und Militär, **Nr. 93/00** Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, **Nr. 94/01** Täterstrategien bei sexuellem Mißbrauch und Ansätze der Prävention, **Nr. 95/01** Feministisches Handeln gegen Gewalt, **Nr. 96/02** Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, **Nr. 97/02** Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ **Nr. 98/02** Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“ **Nr. 99/02** Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? **Nr. 100/02** Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention **Nr. 101/03** Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule **Nr. 102/03** Anzeigepflicht bei sexuellem Mißbrauch? **Nr. 103/03** Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen **Nr. 104/03** Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten **Nr. 105/03** Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule

Kofra
